

Linde AG. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006.

LeadIng.



2006

Inhalt

02–03

Der Vorstand

- 03 Mitglieder des Vorstands

04–13

Der Aufsichtsrat

- 04 Mitglieder des Aufsichtsrats
- 06 Bericht des Aufsichtsrats

14–23

Corporate Governance

- 15 Corporate Governance Bericht
- 19 Vergütungsbericht

24–41

Lagebericht

- 25 Unternehmensaufbau
- 25 Entwicklung von Umsatz und Auftragseingang
- 26 Ertragslage
- 27 Vermögens- und Finanzlage
- 28 Forschung und Entwicklung
- 29 Finanzierung und Liquiditätssicherung
- 30 Corporate Responsibility
- 33 Risikobericht
- 38 Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB
- 39 Nachtragsbericht
- 40 Prognosebericht
- 41 Ausblick Linde AG
- 41 Dividende

42–47

Jahresabschluss

- 43 Bilanz der Linde AG
- 44 Gewinn- und Verlustrechnung der Linde AG
- 46 Entwicklung des Anlagevermögens der Linde AG

48–69

Anhang zum Jahresabschluss der Linde AG

- 48 Allgemeine Angaben
- 48 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
- 49 Erläuterungen zur Bilanz
- 58 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
- 61 Ergänzende Angaben zum Anhang
- 68 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

70–76

Weitere Angaben

- 71 Mitgliedschaften in anderen Kontrollgremien
- 72 Mandate des Aufsichtsrats
- 74 Mandate des Vorstands
- 75 Finanzkalender
- 76 Impressum und Kontakt



Von links nach rechts: Georg Denoke, Kent Masters, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle, Dr.-Ing. Aldo Belloni, Trevor Burt.

Der Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle

geboren 1949
Doktor der Ingenieurwissenschaften
Vorsitzender des Vorstands
Mitglied des Vorstands seit 2002

Dr.-Ing. Aldo Belloni

geboren 1950
Doktor der Ingenieurwissenschaften
Verantwortlich für: Europa und den
Mittleren Osten, Global Business Unit
Healthcare, Innovation Management,
Division Engineering
Mitglied des Vorstands seit 2000

J. Kent Masters

geboren 1960
BS Chemical Engineering,
MBA Finance
Verantwortlich für: Amerika und Afrika,
Global Business Unit Tonnage (On-site),
Business Area Flüssiggase
Mitglied des Vorstands seit 2006

Trevor Burt

geboren 1958
Bachelor of Science (BS)
Verantwortlich für: Asien/Pazifik,
Business Areas Flaschengase und
Elektronikgase
Mitglied des Vorstands seit 2006

Georg Denoke

geboren 1965
Diplom-Informationswissenschaftler,
Diplom-Betriebswirt (BA)
Verantwortlich für: Finanzen,
Arbeitsdirektor
Mitglied des Vorstands seit 2006

Aus dem Vorstand ausgeschieden:

Dr. rer. pol. Peter Diesch

geboren 1954
Diplom-Volkswirt,
Doktor der Politikwissenschaften
Verantwortlich für: Finanzen,
Arbeitsdirektor
Mitglied des Vorstands seit 2004
ausgeschieden am 31. Dezember 2006

Hubertus Krossa

geboren 1947
Diplom-Kaufmann
Verantwortlich für: KION Group
Mitglied des Vorstands seit 2000
ausgeschieden am 31. Januar 2007

Der Aufsichtsrat

(Stand: 31. Dezember 2006)

Mitglieder des Aufsichtsrats

Dr. rer. pol. Manfred Schneider
Vorsitzender
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Bayer AG

Hans-Dieter Katte¹
stellv. Vorsitzender
Vorsitzender des Betriebsrats
des Betriebs Pullach
der Division Engineering
der Linde AG

Michael Diekmann
weiterer stellv. Vorsitzender
Vorsitzender des Vorstands
der Allianz SE

Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann
ehemaliger Vorsitzender
des Aufsichtsrats
der Siemens AG

Dr. jur. Gerhard Beiten
Rechtsanwalt
Mitglied des Vorstands des
Landesverbands Bayern der
Deutschen Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V. (DSW)

Dr. rer. pol. Clemens Börsig
(seit 30. Juni 2006)
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Deutsche Bank AG

Dipl.-Ing. Siegfried Friebe¹
Vorsitzende des Betriebsrats
der Linde-KCA-Dresden GmbH

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Gerhard Full
ehemaliger Vorsitzender des
Vorstands der Linde AG

Gernot Hahl¹
Vorsitzender des Betriebsrats
des Betriebs Worms der
Division Gases der Linde AG

Dipl.-Soziologe Thilo Kämmerer¹
Gewerkschaftssekretär beim
Vorstand der IG Metall Frankfurt

Klaus-Peter Müller
Sprecher des Vorstands der
Commerzbank AG

Prof. Dr. jur. Jürgen Strube
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der BASF Aktiengesellschaft

Wilfried Woller¹
Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands,
Vorstandsbereich 5, der IG Bergbau,
Chemie, Energie

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Mitglieder zum 31. Dezember 2006: Ständiger Ausschuss:

Dr. rer. pol. Manfred Schneider
(Vorsitzender)

Hans-Dieter Katte¹
Michael Diekmann
Gerhard Full
Gernot Hahl¹

Prüfungsausschuss:

Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann
(Vorsitzender)

Gerhard Full
Hans-Dieter Katte¹
Dr. rer. pol. Manfred Schneider
Wilfried Woller¹

Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG:

Dr. rer. pol. Manfred Schneider
(Vorsitzender)

Hans-Dieter Katte¹
Michael Diekmann
Gernot Hahl¹

¹ Als Vertreter der Arbeitnehmer.

Im Geschäftsjahr 2006 ausgeschiedene Mitglieder des Aufsichtsrats:

Dr. oec. Josef Ackermann
(bis 30. Juni 2006)
Vorsitzender des Vorstands und
des Group Executive Committee
der Deutsche Bank AG

Joachim Hartig¹
(bis 28. Dezember 2006)
Vorsitzender des Betriebsrats
der Werke I + II der Linde
Material Handling GmbH & Co. KG

Kay Pietsch¹
(bis 28. Dezember 2006)
Vorsitzender des Betriebsrats
des Betriebs Hamburg
der STILL GmbH

Dipl.-Ing. Frank Zukauski¹
(bis 28. Dezember 2006)
Leiter „Center of Components Zylinder“
der STILL GmbH

Im Januar 2007 bestellte Mitglieder des Aufsichtsrats:

Jens Riedel¹
(seit 22. Januar 2007)
Vorsitzender des Betriebsrats
des Betriebs Leuna der Division Gases
der Linde AG

Josef Schregle¹
(seit 22. Januar 2007)
Leiter Finanzen und Controlling
der Division Engineering
der Linde AG

Josef Schuhbeck¹
(seit 22. Januar 2007)
Vorsitzender des Betriebsrats
des Betriebs Schalchen
der Division Engineering
der Linde AG

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Aktionäre,

als Aufsichtsrat haben wir uns im Geschäftsjahr 2006 eingehend mit der Lage, den Perspektiven und der strategischen Weiterentwicklung der Gesellschaft, mit der künftigen langfristigen Positionierung des Linde Konzerns sowie mit wesentlichen Einzelmaßnahmen, allen voran dem Erwerb des britischen Industriegaseunternehmens „The BOC Group plc“ (BOC) sowie der Veräußerung des Unternehmensbereichs Material Handling befasst. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und seine Geschäftsführung entsprechend den uns nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben überwacht. Der Vorstand hat uns in unseren Sitzungen und durch schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und ihrer Tochterunternehmen unterrichtet. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat eingebunden. Darüber hinaus hat sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats fortlaufend über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage, wesentliche Geschäftsvorfälle und Entscheidungen des Vorstands in Kenntnis setzen lassen. Er stand in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des Vorstands und hat mit ihm die Unternehmensstrategie und das Risikomanagement regelmäßig beraten.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2006 fanden insgesamt vier turnusgemäße und zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen statt. Kein Mitglied des Aufsichtsrats hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Interessenkonflikte der Aufsichtsratsmitglieder traten im Berichtsjahr nicht auf.

In unseren Sitzungen haben wir uns neben der aktuellen Geschäftsentwicklung, der Risikolage und wichtigen geschäftlichen Einzelvorgängen mit zustimmungspflichtigen Maßnahmen des Vorstands beschäftigt. Nach gründlicher Prüfung und Erörterung der jeweiligen Anträge des Vorstands hat der Aufsichtsrat alle erforderlichen Zustimmungen erteilt. Drei Beschlüsse, deren Sachverhalte im Plenum bereits erörtert worden waren, wurden aus Termingründen auf Basis zur Verfügung gestellter Unterlagen außerhalb der Aufsichtsratssitzungen im schriftlichen bzw. fernschriftlichen Verfahren herbeigeführt.

Im Zentrum der Beratungs- und Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats stand vor allem der Erwerb der BOC. Diese in Form eines freundlichen Übernahmeangebots durchgeführte, sehr komplexe Transaktion mit weitreichenden strategischen und finanziellen Auswirkungen konnte am 5. September 2006 planmäßig vollzogen werden. Der Aufsichtsrat begrüßt die mit dem Erwerb avisierte Neupositionierung des Linde Konzerns als weltweit tätiges, führendes Gase- und Anlagenbauunternehmen. Eine der vordringlichsten Aufgaben ist jetzt die schnelle Integration der BOC Group in die Linde Group. Deshalb haben wir uns ab September 2006 besonders intensiv mit den Integrationsmaßnahmen beschäftigt. Wir ließen uns kontinuierlich vom Vorstand über den aktuellen Stand berichten und konnten uns dabei vergewissern, dass dieser Prozess zügig voranschreitet.



Der Vorsitzende des Aufsichtsrats war frühzeitig in die Überlegungen zum geplanten Erwerb von BOC eingebunden. Das Plenum des Aufsichtsrats hat sich erstmals in einer außerordentlichen Sitzung am 17. Februar 2006 mit dem Vorhaben befasst. Wir haben uns in dieser Sitzung, die allein der potenziellen Akquisition von BOC gewidmet war, ein umfassendes Bild über die Transaktion, die damit verbundenen Chancen und Risiken, die mit ihr verfolgten unternehmerischen und strategischen Ziele, die Realisierbarkeit, die beabsichtigte Finanzierungsstruktur und die Auswirkungen auf unser Unternehmen gemacht. Nach intensiven Diskussionen, insbesondere über die strategischen, wettbewerbsrechtlichen und finanziellen Gesichtspunkte, hat der Aufsichtsrat dem geplanten Erwerb mit einem Transaktionsvolumen von ca. 15 Mrd. € und dem vom Vorstand vorgelegten Finanzierungskonzept unter Einschluss der Nutzung genehmigten Kapitals grundsätzlich zugestimmt.

In unserer Bilanz-Aufsichtsratssitzung am 3. März 2006 befassten wir uns u. a. eingehend mit dem Jahresabschluss der Linde AG und dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2005, billigten diese und stimmten dem Gewinnverwendungsvorschlag zu. Außerdem haben wir nach einer ausführlichen Präsentation mit dem Vorstand und Vertretern der beratenden Investmentbanken die zwischenzeitlichen Entwicklungen bezüglich der potenziellen Akquisition von BOC besprochen. Gründlich erörtert wurden u. a. der Verhandlungsstand und die weitere Vorgehensweise, die vorliegenden Ergebnisse der Due Dilligence sowie die getroffenen Maßnahmen zur Konkretisierung der Finanzierungsstruktur. Der Aufsichtsrat hat in dieser Sitzung seine grundsätzlich zustimmende Haltung zur Übernahme von 100 Prozent der Aktien von BOC auf Grundlage eines Barangebots bestätigt und den Maßnahmen zur Finanzierung des Angebots, insbesondere dem Abschluss eines Finanzierungsvertrags mit einem Bankenkonsortium, zugestimmt. Der am 6. März 2006 veröffentlichten abschließenden Entscheidung des Vorstands zur Abgabe eines Barangebots für BOC über 1.600 Pence je Aktie hat der vom Aufsichtsrat hierzu im Rahmen der Geschäftsordnung ermächtigte Ständige Ausschuss des Aufsichtsrats zugestimmt.

In der Sitzung unmittelbar vor der Hauptversammlung am 4. Mai 2006 berichtete der Vorstand zunächst über die aktuelle Lage des Konzerns. Außerdem diente die Sitzung der Vorbereitung auf das anschließende Aktionärstreffen. Des Weiteren hat der Vorstand dem Aufsichtsrat die Strukturoptimierung des Unternehmensbereichs Material Handling mit dem Ziel der rechtlichen Verselbstständigung vorgestellt und die Umstrukturierungsmaßnahmen im Einzelnen dargelegt. Der Vorstand berichtete uns ferner eingehend über den Status der anlässlich der beabsichtigten Übernahme von BOC entwickelten Aktivitäten. Er legte uns einen Zeit- und Maßnahmenplan vor, der insbesondere die beantragten Genehmigungen der Transaktion bei den EU- und US-Kartellbehörden sowie die Vorbereitung der verschiedenen Finanzierungsmaßnahmen und der Integration umfasste. Des Weiteren erläuterte der Vorstand zwei Beschlussvorlagen zu zustimmungspflichtigen Geschäften. Nach Überprüfung erteilten wir jeweils die Zustimmung zu der vom Vorstand beantragten Investition zur Errichtung einer On-site-Luftzerlegungs-Anlage in den Niederlanden sowie u. a. zum Kauf einer Gasegesellschaft in der Türkei.

In unserer Sitzung am 12. September 2006 berichtete der Vorstand detailliert über den aktuellen Sachstand des am 5. September 2006 plangemäß vollzogenen Erwerbs von BOC und stellte uns die vor diesem Hintergrund entwickelte Integrationsplanung sowie die beabsichtigte neue Organisation der „The Linde Group“ näher vor, die von uns intensiv hinterfragt wurden. Ferner standen die strategische Ausrichtung des Unternehmens, der Stand der Strategieumsetzung und die Berichterstattung des Vorstands zum Status der Portfoliooptimierung und der aus kartellrechtlichen Gründen im Zusammenhang mit dem Erwerb der BOC abzugebenden Geschäftsaktivitäten im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats. Im Rahmen der Strategie zur Portfoliooptimierung haben wir auch die rechtliche Verselbstständigung des Unternehmensbereichs Material Handling, die Bündelung der Marken unter der neuen Dachgesellschaft (KION Group GmbH), deren Geschäftsmodell und die personelle Besetzung des Managements besprochen.

Einziger Tagesordnungspunkt unserer außerordentlichen Sitzung am 5. November 2006 war die Entscheidung über den Verkauf des Unternehmensbereichs Material Handling. Nach intensiven Diskussionen der in der Präsentation niedergelegten Darstellung des Verkaufsprozesses, der finalen Angebote und der Eckpunkte der verhandelten Kaufverträge sowie der finanziellen und strategischen Gesichtspunkte und nach Befragung des Vorstands und des Leiters Mergers & Acquisitions sowie eines Vertreters der beratenden Investmentbank stimmte der Aufsichtsrat der Veräußerung zum Preis von 4 Mrd. € an das Käuferkonsortium Kohlberg Kravis Roberts & Co. (KKR)/Goldman Sachs Capital Partners zu.

Am 28. November 2006 wurde uns vom Vorstand die Vorschau auf den Jahresabschluss 2006 und die Budgetplanung für das Geschäftsjahr 2007 einschließlich Finanz-, Investitions- und Personalplanung vorgelegt. Die vom Vorstand getroffenen Annahmen wurden von uns intensiv hinterfragt. Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung des Geschäftsverlaufs von den im Vorjahr aufgestellten Plänen und Zielen hat uns der Vorstand unter Angabe von Gründen erläutert. Das Investitionsprogramm 2007 des Linde Konzerns wurde von uns genehmigt. Des Weiteren befassten wir uns anhand der vorab zur Verfügung gestellten Unterlagen und des vom Vorstand erstatteten mündlichen Berichts ausführlich mit dem aktuellen Stand der Portfoliooptimierung und erteilten unsere grundsätzliche Zustimmung zu kartellrechtlich bedingten und ausgewählten sonstigen Unternehmensveräußerungen bzw. Veränderungen von Beteiligungsquoten. Ferner hat der Vorstand uns detailliert mündlich und schriftlich über die beabsichtigte Auflegung eines Medium-Term-Notes-Programms für die Begebung mittel- und langfristiger Schuldverschreibungen informiert. Dem Antrag des Vorstands haben wir zugestimmt.

Außerdem hat der Vorstand uns in den Sitzungen im September und im November 2006 über die geplante Standortkonzentration der Verwaltungen des unter Einbeziehung der BOC neu aufgestellten Konzerns, insbesondere in Deutschland und in Großbritannien, in Kenntnis gesetzt. Wir haben mit dem Vorstand die potenzielle Sitzverlegung der Gesellschaft diskutiert. Am 28. November 2006 haben wir dem entsprechenden Absichtsbeschluss des Vorstands zugestimmt, der Hauptversammlung am 5. Juni 2007 die Sitzverlegung vorzuschlagen.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex beobachten wir fortlaufend. Im Berichtsjahr haben wir uns insbesondere mit der Neufassung des Kodex vom 12. Juni 2006 beschäftigt.

Am 9. März 2007 haben Vorstand und Aufsichtsrat eine aktualisierte Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären auf der Website der Gesellschaft (www.linde.com) dauerhaft zugänglich gemacht. Die Bezüge von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Linde AG im abgelaufenen Geschäftsjahr werden im Geschäftsbericht 2006 erstmals individualisiert veröffentlicht. Damit folgt die Linde AG ab Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2006 sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Weitere Informationen zur Corporate Governance bei Linde sind im gemeinsamen Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat auf den Seiten 14 bis 23 zu finden.

Ausschüsse und deren Sitzungen

Der Aufsichtsrat hat unverändert drei Ausschüsse, den Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG, den Ständigen Ausschuss und den Prüfungsausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende führt in allen Ausschüssen, mit Ausnahme des Prüfungsausschusses, den Vorsitz.

Mit Vollzug der Veräußerung des Unternehmensbereichs Material Handling am 28. Dezember 2006 ist u. a. das Amt von Herrn Joachim Hartig im Aufsichtsrat der Linde AG erloschen. Herr Hartig war bis dahin als Vertreter der Arbeitnehmer Mitglied in allen drei Ausschüssen des Aufsichtsrats der Linde AG. Als Nachfolger für Herrn Hartig hat der Aufsichtsrat Herrn Gernot Hahl in den Vermittlungsausschuss und den Ständigen Ausschuss und Herrn Wilfried Woller in den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats gewählt.

Die gegenwärtige Zusammensetzung der Ausschüsse finden Sie auf Seite 04.

Soweit gesetzlich zulässig und in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats vorgesehen, wurden in Einzelfällen Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrats auf Ausschüsse übertragen. Dieses Verfahren hat sich in der praktischen Arbeit des Aufsichtsrats bewährt.

Der Ständige Ausschuss des Aufsichtsrats, der u. a. anstelle des Aufsichtsrats über Anstellungs-, Pensions- und sonstige Verträge mit Vorstandsmitgliedern beschließt und für den Aufsichtsrat die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern vorbereitet, trat zu fünf Sitzungen zusammen. Er befasste sich im Wesentlichen mit Vorstandsangelegenheiten, dem Abschluss sowie der Beendigung von Vorstandsverträgen und – im Rahmen der vom Aufsichtsratsplenum gebilligten Vergütungsstruktur – mit der Höhe der Vergütung und der bonus- und aktienbasierten Vergütungskomponenten für die jeweiligen Vorstandsmitglieder. Weiterhin hat der vom Aufsichtsrat hierzu ermächtigte Ständige Ausschuss sich im Zusammenhang mit der Übernahme von BOC und deren Finanzierung vornehmlich mit Kapitalmaßnahmen und weiteren zustimmungsbedürftigen Maßnahmen befasst und erteilte die entsprechenden Zustimmungen, u. a. zum Beschluss des Vorstands, aufgrund der Ermächtigungen aus den Genehmigten Kapitalen I und II vom Genehmigten Kapital I in Höhe eines Teilbetrages von rund 55 Mio. € und vom Genehmigten Kapital II in voller Höhe von 40 Mio. € Gebrauch zu machen sowie zur Begebung einer Hybrid-Anleihe in zwei Tranchen über eine Finanzierungstochter im Gesamtvolumen von ca. 1,1 Mrd. €. Darüber hinaus erteilte er auf Basis der Grundsatzentscheidungen und Delegation der abschließenden Entscheidungen seitens des Plenums die Zustimmungen zu kartellrechtlich bedingten Unternehmens- bzw. Beteiligungsveräußerungen: zur Veräußerung der Linde Gas Pty. Ltd. Australien an das australische Unternehmen Wesfarmers Energy Ltd.; zur Veräußerung der Beteiligung der BOC am Joint Venture Japan Air Gases Ltd., Tokio, an das französische Industriegaseunternehmen L’Air Liquide S. A.; zur Veräußerung der BOC Polen („BOC Gazy Sp. z. o. o.“) an das US-amerikanische Industriegaseunternehmen Air Products and Chemicals, Inc., sowie zur Veräußerung von acht Anlagen des Linde US-Flüssiggasgeschäfts an das US-amerikanische Unternehmen Airgas, Inc. Der Ständige Ausschuss erteilte ferner seine Einwilligung zur Übernahme einer anderweitigen konzerninternen Tätigkeit eines Vorstandsmitglieds nach § 88 AktG sowie zur Übernahme von Aufsichtsratsmandaten oder vergleichbaren Mandaten durch Vorstandsmitglieder. Außerdem erfolgten im Zusammenhang mit dem Aktienoptionsprogramm 2002 mehrere Beschlussfassungen auf Basis ausführlicher, schriftlicher Unterlagen im fernschriftlichen Verfahren. Weiterhin hat der Ständige Ausschuss notwendige Anpassungen der Satzung beschlossen, die nur die Fassung betrafen.

Gegenstand intensiver Diskussionen und Prüfungen war angesichts der Begebung der letzten Optionen unter dem bisherigen Management Incentive Programm 2006 die Schaffung eines neuen Incentive Programms für Mitglieder des Vorstands und Führungskräfte des Konzerns. Dieser Plan wurde dem Plenum in seiner Sitzung am 9. März 2007 vorgestellt und mit diesem beraten. Er wird der Hauptversammlung im Juni 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Prüfungsausschuss hat im Berichtsjahr sechsmal getagt. Er hat in Gegenwart des Abschlussprüfers sowie des Vorsitzenden des Vorstands und des Finanzvorstands den Jahresabschluss der Linde AG und den Konzernabschluss, die Lageberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag und die Prüfungsberichte einschließlich der Berichte zu den Prüfungsschwerpunkten sowie den mündlichen Bericht des Abschlussprüfers über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung erörtert. Kernpunkte seiner Beratungen waren außerdem die Erörterung der Zwischenberichte, die Vorbereitung des Vorschlags des Aufsichtsrats zur Bestellung des Abschlussprüfers durch die Hauptversammlung, die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte, die Honorarvereinbarung

und die Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Weiterhin hat der Prüfungsausschuss Regelungen für die Vergabe von Aufträgen für nicht im Zusammenhang mit der Abschlussprüfung stehende Dienstleistungen an den Abschlussprüfer getroffen. Das Gremium ließ sich außerdem über die rechtliche Verselbstständigung des Unternehmensbereichs Material Handling vom Vorstand berichten. Ferner wurde der Prüfungsausschuss regelmäßig über die Risikoerfassung und -überwachung im Unternehmen unterrichtet. Der Leiter der Internen Revision gab einen Sonderbericht über Ausstattung, Aufgaben und Verantwortlichkeiten sowie Prüfungstätigkeit und Prüfungsplan 2006 der Internen Revision ab. Gegenstand ausführlicher Beratungen war darüber hinaus die Einführung der prüferischen Durchsicht der Quartalsabschlüsse („Limited Review“). Eine „Limited Review“ des Zwischenabschlusses (ohne BOC) wurde zum 30. September 2006 erstmalig durchgeführt. Das Gremium hat sich ferner mit der Stichprobenprüfung des Jahresabschlusses 2005 der Linde AG und des Linde Konzerns durch die „Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V.“ befasst. Die zuständige Kammer der Prüfstelle ist zu dem Ergebnis gekommen, dass im Rahmen der Prüfung keine fehlerhafte Rechnungslegung festgestellt wurde. Des Weiteren hat der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer grundlegende Fragen der Rechnungslegung vor dem Hintergrund der strategischen Neuausrichtung des Linde Konzerns erörtert.

Der Vermittlungsausschuss musste nicht einberufen werden.

Die Ausschussvorsitzenden haben in den jeweils folgenden Plenumsitzungen ausführlich über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Jahres- und Konzernabschluss

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Berlin und Frankfurt am Main, hat den Jahresabschluss der Linde AG und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006 sowie die Lageberichte für die Linde AG und den Konzern nach HGB-Grundsätzen und für den Konzernabschluss unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) geprüft und jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat bestätigt, dass der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht den in § 315a Abs. 1 HGB genannten Vorgaben entsprechen. Die KPMG bestätigte ferner, dass das Risikomanagementsystem den gesetzlichen Vorschriften entspricht; bestandsgefährdende Risiken waren nicht erkennbar. Prüfungsschwerpunkte im Geschäftsjahr 2006 waren die Derivativen Finanzinstrumente im Linde Konzern einschließlich deren Dokumentation und Abbildung im Rechnungswesen und der bestehenden Risikomanagement- und Controllingssysteme sowie die Linde Altersversorgung, insbesondere die Bilanzierung und Verwaltung der Fonds.

Noch vorläufige Abschlussunterlagen für das Geschäftsjahr 2006 waren am 22. Februar 2007 Gegenstand intensiver Beratungen im Prüfungsausschuss. Die endgültigen Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Plenums am

9. März 2007 zugestellt und in der Sitzung umfassend behandelt. An den Erörterungen sowohl im Prüfungsausschuss als auch im Plenum nahm der Abschlussprüfer teil. Er berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen und stand für ergänzende Auskünfte sowie die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Nach dem Ergebnis der Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss und aufgrund unserer eigenen Prüfung der von Vorstand und Abschlussprüfer vorgelegten Unterlagen erheben wir keine Einwendungen und schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG an. Auch den Lagebericht der Linde AG und den Konzernlagebericht haben wir geprüft – ohne dass sich Einwendungen ergeben haben – und machen uns die dortigen Erläuterungen zu den Angaben gemäß Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetz zu eigen. Wir billigen die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Linde AG und des Konzerns zum 31. Dezember 2006; der Jahresabschluss der Linde AG ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands stimmen wir zu.

Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Im Geschäftsjahr 2006 und Anfang 2007 gab es eine Reihe von Veränderungen in der Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand, die überwiegend mit dem Erwerb und den Auswirkungen des Erwerbs von BOC zusammenhängen.

Auf Seiten der Anteilseigner ist Herr Dr. Josef Ackermann zum 30. Juni 2006 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Zu seinem Nachfolger wurde antragsgemäß Herr Dr. Clemens Börsig gerichtlich bestellt. Herr Dr. Börsig soll der Hauptversammlung am 5. Juni 2007 zur Wahl für die restliche Dauer der Amtszeit der übrigen Aufsichtsratsmitglieder vorgeschlagen werden.

Auf Seiten der Arbeitnehmer sind mit Vollzug der Veräußerung des Unternehmensbereichs Material Handling die Ämter der Herren Joachim Hartig, Kay Pietsch und Frank Zukauski erloschen. Für sie wurden antragsgemäß die Herren Jens Riedel, Josef Schregle und Josef Schuhbeck durch gerichtlichen Beschluss mit Wirkung zum 22. Januar 2007 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt.

Wir haben den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern für ihre wertvolle Mitwirkung in unserem Gremium während der vergangenen Jahre gedankt.

Am 24. Mai 2006 hat der Aufsichtsrat die von Herrn Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle zum Ablauf des 9. Mai 2007 endende Amtszeit als Vorstandsvorsitzender der Linde AG um fünf Jahre verlängert. Der Aufsichtsrat hielt es außerdem für erforderlich, der internationalen Ausrichtung des Konzerns stärker Rechnung zu tragen und den Vorstand neben Herrn Dr. Aldo Belloni um zwei weitere operativ ausgerichtete Vorstandsmitglieder mit internationaler Erfahrung im Gasgeschäft zu ergänzen. Mit Wirkung zum 12. September 2006 haben wir die Herren Trevor Burt und Kent Masters, zwei erfahrene Manager von BOC, zu Vorstandsmitgliedern der Linde AG bestellt. Herr Masters war zuletzt im Board von BOC zuständig für die Industrie- und Spezialgase. Herr Burt war zuletzt Präsident der BOC Group in den USA. Ebenfalls zum 12. September 2006 wurde Herr Georg Denoke zum Vorstandsmitglied und mit Wirkung zum 1. Januar

2007 zum Arbeitsdirektor der Linde AG bestellt. Herr Denoke war zuvor Mitglied des Bereichsvorstands Linde Gas und betreute u. a. die Fachbereiche Finanzen und Personal. Die Bestellungen der neuen Vorstandsmitglieder erfolgten sämtlich für die Dauer von jeweils drei Jahren. Die Verantwortungs- und Aufgabenbereiche der Vorstandsmitglieder sind der Übersicht auf der Seite 05 dieses Geschäftsberichts zu entnehmen.

Herr Dr. Peter Diesch, der im Vorstand der Linde AG über zwei Jahre für Finanzen und Personal (Arbeitsdirektor) verantwortlich war, ist nach Abschluss der Neuordnung der Führungsstruktur zum Jahresende 2006 auf eigenen Wunsch aus unserem Unternehmen ausgeschieden. Herr Hubertus Krossa, seit Januar 2000 Mitglied des Vorstands und dort zuletzt allein verantwortlich für den Unternehmensbereich Material Handling, schied zum 31. Januar 2007 aus, um die Aufgabe des Sprechers der Geschäftsführung der veräußerten KION Group GmbH zu übernehmen. Wir danken beiden Herren für ihre erfolgreiche Arbeit für den Konzern.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unternehmens, insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen im vergangenen Geschäftsjahr, für ihren hohen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen.

Wiesbaden, den 9. März 2007
Für den Aufsichtsrat



Dr. Manfred Schneider
Vorsitzender

Corporate Governance

Verantwortungsvolle Unternehmensführung, die auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtet ist und sich an den Interessen der Aktionäre orientiert, hat bei Linde seit jeher einen hohen Stellenwert. Linde versteht Corporate Governance als fortlaufenden Prozess und wird zukünftige Entwicklungen weiterhin aufmerksam verfolgen.

Corporate Governance Bericht

Die Linde AG begrüßt den von der Regierungskommission vorgelegten und zuletzt im Juni 2006 aktualisierten Deutschen Corporate Governance Kodex.

Gute und verantwortungsbewusste, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle haben bei der Linde AG traditionell große Bedeutung. Erfolgsgrundlage sind seit jeher eine enge und effiziente Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, die Achtung der Aktionärsinteressen, eine offene Unternehmenskommunikation, die ordnungsgemäße Rechnungslegung und Abschlussprüfung sowie ein verantwortungsbewusster Umgang mit Risiken.

Im Internet (www.linde.com) haben wir die Corporate Governance bei Linde sowie die Funktionen und Aufgaben der Organe dargestellt. Informationen zur Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie zur Zusammenarbeit mit dem Vorstand im Geschäftsjahr 2006 finden Sie im Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 06 bis 13.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Am 9. März 2007 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben. Sie ist auf Seite 18 dieses Berichts und auf der Website der Gesellschaft publiziert. Mit Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2006 am 12. März 2007 entspricht die Linde AG sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 12. Juni 2006.

Die Linde AG erfüllte und wird erneut weitestgehend auch die Anregungen des Kodex erfüllen. Sie weicht nur in drei Punkten ab:

- Im Kodex wird angeregt, die Hauptversammlung über das Internet zu übertragen. Wir übertragen die Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden zu Beginn sowie die Rede des Vorstandsvorsitzenden, nicht jedoch die Generaldebatte. Die Satzung lässt eine vollständige Übertragung der Hauptversammlung über elektronische Medien zwar grundsätzlich zu: Wir meinen allerdings, dass aufgrund des hohen technischen Aufwands und der möglichen Dauer von Hauptversammlungen die damit verbundenen Kosten zurzeit nicht in einem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen für Aktionäre stehen. Außerdem wollen wir mit Blick auf die Wortbeiträge nicht in die Persönlichkeitsrechte der einzelnen Redner eingreifen. Wir werden aber die Entwicklung weiter aufmerksam verfolgen.
- Die Anregung, die Wahl beziehungsweise Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern zu unterschiedlichen Terminen und für unterschiedliche Amtsperioden vorzunehmen, halten wir für einen Aufsichtsrat, der gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz besetzt wird, für ungeeignet. Bislang sind alle Aufsichtsratsmitglieder für eine einheitliche Amtsperiode gewählt. Auch hier werden wir die weitere Entwicklung beobachten.
- Schließlich wird im Kodex angeregt, die variable Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder auch an den langfristigen Unternehmenserfolg anzuknüpfen. Die Hauptversammlung hat bei der Neuregelung der Aufsichtsratsvergütung 2005 auf die Einführung einer langfristigen Komponente bewusst verzichtet.

Enge Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand der Linde AG leitet die Gesellschaft und führt deren Geschäfte. Er ist an das Unternehmensinteresse gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung.

Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und überwacht dessen Geschäftsführung. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle der Gesellschaft eng zusammen. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens einschließlich der Risikolage.

Sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat haben sich eine Geschäftsordnung gegeben. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung sieht die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats Zustimmungsvorbehalte zu Gunsten des Aufsichtsrats vor. Die Geschäftsordnung des Vorstands und auch die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthalten für die Mitglieder des jeweiligen Gremiums eine Altersgrenze: Vorstandsmitglieder sollen nicht älter als 65 Jahre sein, Aufsichtsratsmitglieder nicht älter als 72 Jahre. Dem Aufsichtsrat gehört ein früheres Vorstandsmitglied der Gesellschaft an. Die Amtszeit aller Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit der Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2007 beschließt. Der Antrag auf gerichtliche Bestellung eines Aufsichtsratsmitglieds der Anteilseigner im Berichtsjahr wurde bis zur nächsten Hauptversammlung befristet. Dieses Aufsichtsratsmitglied soll der Hauptversammlung am 5. Juni 2007 für die Dauer der restlichen Amtszeit der übrigen Aufsichtsratsmitglieder zur Wahl vorgeschlagen werden. Der Aufsichtsrat hat in seiner Geschäftsordnung unter anderem auch Regelungen bezüglich seiner Unabhängigkeit verankert. Einige Mitglieder des Aufsichtsrats sind und waren im vergangenen Geschäftsjahr im Vorstand von Gesellschaften, mit denen Linde Geschäftsbeziehungen unterhält. Geschäfte mit diesen Gesellschaften erfolgen zu Bedingungen wie

unter fremden Dritten. Nach unserer Einschätzung berühren diese Geschäfte die Unabhängigkeit der betreffenden Aufsichtsratsmitglieder nicht. Dem Aufsichtsrat gehört somit eine ausreichende Zahl an Mitgliedern an, die über eine hinreichende Unabhängigkeit verfügen.

Die Gesellschaft hat für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (so genannte D & O-Versicherung) mit einem angemessenen Selbstbehalt abgeschlossen.

Keine Interessenkonflikte bei Vorstand und Aufsichtsrat

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge zwischen Aufsichtsratsmitgliedern und der Gesellschaft bestanden im Berichtszeitraum nicht. Interessenkonflikte von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, die dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen sind, traten nicht auf. Im Berichtsjahr wurden von der Linde AG bzw. deren Konzernunternehmen keine Geschäfte mit Mitgliedern des Vorstands oder ihnen nahestehenden Personen getätigt.

Directors' Dealings

Die gemäß § 15a WpHG meldepflichtigen Transaktionen der dort genannten Personen, insbesondere der Organmitglieder und der mit diesen in enger Beziehung stehenden Personen, mit Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten veröffentlicht die Linde AG unverzüglich entsprechend den gesetzlichen Vorschriften.

Im Berichtsjahr sind von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats insgesamt elf meldepflichtige Erwerbsgeschäfte mitgeteilt worden, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit der im Sommer 2006 durchgeführten Kapitalerhöhung der Linde AG standen. Im Rahmen der Kapitalerhöhung haben Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder Bezugsrechte bzw. neue Stückaktien durch Ausübung von Bezugsrechten zum Bezugspreis von 49,50 € je neuer Stückaktie erworben: Hubertus Krossa hat 5 Bezugsrechte (Preis: je 2,97 €) und 460 neue Stückaktien erworben, Dr. Aldo Belloni 3 Bezugsrechte (Preis: je 3,01 €) und 1.298 neue Stückaktien und Dr. Peter Diesch 2,5 Bezugsrechte (Preis: je 3,03 €) und 215 neue Stückaktien. Außerdem kauften Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle 942 und Dr. Manfred Schneider 572 neue Stückaktien. Des Weiteren hat eine natürliche, in enger Beziehung zu einem Vorstandsmitglied stehende Person im Rahmen der Kapitalerhöhung 20 neue Stückaktien erworben.

Darüber hinaus hat Hubertus Krossa 435 Linde Aktien zum Kurs von 59,53 € gekauft. Eine weitere meldepflichtige Transaktion betraf den Erwerb von 2.000 Linde Aktien zum Kurs von 68,80 € durch Dr. Aldo Belloni. Meldepflichtige Veräußerungsgeschäfte sind im Berichtsjahr nicht mitgeteilt worden.

Aktienbesitz

Mitteilungspflichtiger Besitz nach Ziffer 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag zum Abschlussstichtag nicht vor. Angabegemäß besitzt kein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied Aktien oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente im Wert von größer 1 Prozent der ausgegebenen Aktien. Auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder übersteigt den Wert von 1 Prozent der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien nicht.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Der so genannte „Vergütungsbericht“, der auch Angaben zum Aktienoptionsprogramm enthält, ist auf den Seiten 19 bis 23 des Jahresabschlusses als Teil des Kapitels Corporate Governance eingestellt.

Weiterentwicklung der Grundwerte

Linde hat traditionell einen hohen Standard ethischer Grundsätze. Im Jahr 2005 hat der Vorstand als Kernstück der Selbstverpflichtung zu unternehmerischer Verantwortung eine so genannte „Corporate Responsibility Policy“ verabschiedet, die verbindlich für alle Geschäftsbereiche gilt. Der ebenfalls 2005 aufgestellte Verhaltenskodex für alle Mitarbeiter weltweit konkretisiert die Unternehmenswerte und fordert die Mitarbeiter auf, sich an gesetzliche Bestimmungen und die definierten hohen ethischen Standards zu halten. Vor dem Hintergrund der Neustrukturierung des Unternehmens und der Integration der BOC hat der Vorstand eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, die konzernweit gültigen Verhaltensgrundsätze weiterzuentwickeln. Im Einklang mit der „Corporate Responsibility Policy“ und dem Verhaltenskodex für Mitarbeiter hat der Vorstand 2006 die „ethisch-rechtlichen Grundsätze Beschaffung“ verabschiedet. Diese gelten weltweit für alle Beschäftigten der Linde AG und ihrer Tochtergesellschaften zusätzlich zu den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. Insbesondere sprechen sie diejenigen an, die in persönlichem Kontakt mit Lieferanten, Auftragnehmern und anderen Geschäftspartnern stehen. Mit diesen Grundsätzen legt die Linde AG Prinzipien für das geschäftliche Verhalten sowie zur

Vermeidung von Interessenkonflikten fest, die von jedem Mitarbeiter zu beachten sind.

Kommunikation und Stakeholderbeziehungen

Die Linde AG erfüllt den gesetzlichen Gleichbehandlungsgrundsatz gegenüber allen Aktionären. Transparenz und der Anspruch, die Aktionäre und die Öffentlichkeit zeitnah, umfassend und gleichmäßig zu informieren, haben für unsere Gesellschaft einen hohen Stellenwert.

Über wesentliche Termine und Veröffentlichungen werden unsere Aktionäre und die Öffentlichkeit regelmäßig mit einem Finanzkalendarium unterrichtet, der im Geschäftsbericht, in den Zwischenberichten sowie auf der Website der Linde AG im Internet veröffentlicht ist. Ad-hoc- und Pressemeldungen sowie meldepflichtige Wertpapiergeschäfte (Directors' Dealings) veröffentlicht die Linde AG in den gesetzlich vorgegebenen Medien und auf ihrer Website. Zur Information des Kapitalmarktes und der Öffentlichkeit führt Linde jeweils zu den Veröffentlichungsterminen der Quartals- bzw. Jahresergebnisse Analysten- und Pressekonferenzen, ggf. in Form von Telefonkonferenzen, durch. Regelmäßige Veranstaltungen des Vorstandsvorsitzenden und des Finanzvorstands mit institutionellen Anlegern und Finanzanalysten sichern darüber hinaus den kontinuierlichen Informationsaustausch mit den Finanzmärkten.

Linde berücksichtigt neben den Interessen seiner Aktionäre die Anliegen weiterer Anspruchsgruppen, die ebenso zum Erfolg des Unternehmens beitragen. Soweit es möglich ist, werden alle Anspruchsgruppen, die so genannten Stakeholder, in die Unternehmenskommunikation einbezogen. Zu seinen Stakeholdern zählt Linde unter anderem alle Mitarbeiter, seine Kunden und Lieferanten, Verbände und staatliche Institutionen.

Hauptversammlung

Entsprechend dem Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG), das am 1. November 2005 in Kraft getreten ist, hat die Gesellschaft das Legitimationsverfahren zur Hauptversammlung auf den international üblichen so genannten „Record Date“ umgestellt. Demgemäß gilt der Beginn des 21. Tages vor der Hauptversammlung als maßgeblicher Stichtag für die Legitimation der Aktionäre. Dies erhöht insbesondere für ausländische Aktionäre den Anreiz, an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht wahrzunehmen.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung nicht teilnehmen können oder die Hauptversammlung vor Eintritt in die Abstimmung verlassen, haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben zu lassen. Weisungen zur Stimmrechtsausübung an diesen Stimmrechtsvertreter konnten bis zum Vorabend der Hauptversammlung am 4. Mai 2006 auch über elektronische Medien erteilt werden. Zur Hauptversammlung am 5. Juni 2007 werden wir unseren Aktionären diesen Service wiederum anbieten.

Rechnungslegung, Abschlussprüfung und Risikomanagement

Der Aufsichtsrat hat im Mai 2006 den von der Hauptversammlung bestellten Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006, die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Berlin und Frankfurt am Main, mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses beauftragt.

Der Abschlussprüfer hat dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats eine umfangreiche Unabhängigkeitserklärung vorgelegt. Es bestanden keine Interessenkonflikte. Mit dem Prüfer wurde vereinbart, dass die Vorsitzenden des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe umgehend unterrichtet werden, sofern diese nicht unverzüglich beseitigt werden. Schließlich wurde der Abschlussprüfer verpflichtet, über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben, unverzüglich zu berichten. Ferner hat sich der Abschlussprüfer verpflichtet, den Aufsichtsrat zu informieren, wenn er seinerseits bei der Prüfung Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der Entsprechenserklärung der Gesellschaft zum Kodex ergeben.

Linde verfügt über ein Überwachungs- und Risikomanagementsystem, das der Vorstand kontinuierlich weiterentwickelt und an die sich verändernden Rahmenbedingungen anpasst. Dessen Effizienz wird von den Abschlussprüfern im In- und Ausland geprüft. Im Übrigen unterstützt der Prüfungsausschuss den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Geschäftsführung und befasst sich in diesem Zusammenhang insbesondere mit den Fragen des Risikomanagements. Er erhält regelmäßig Berichte über die Risikoerfassung und -überwachung.

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Am 9. März 2007 haben wir die nachfolgende, jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben und auf der Website der Gesellschaft unter www.linde.com dauerhaft zugänglich gemacht:

„Vorstand und Aufsichtsrat der Linde AG erklären gemäß § 161 Aktiengesetz:

Die Linde AG entspricht mit Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2006 am 12. März 2007 sämtlichen Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ in der Fassung vom 12. Juni 2006 und wird ihnen auch zukünftig entsprechen.

Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom 3. März 2006 hat die Linde AG den Empfehlungen des Kodex zunächst in der Fassung vom 2. Juni 2005 und sodann in der Fassung vom 12. Juni 2006 mit einer Ausnahme (kein individualisierter Ausweis der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung) entsprochen.

Wiesbaden, 9. März 2007
Linde AG“

Auf unserer Website sind alle bisher abgegebenen Entsprechenserklärungen zum Deutschen Corporate Governance Kodex verfügbar.

Wiesbaden, 9. März 2007
Linde AG

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

Vergütungsbericht

(Teil des Lageberichts)

Der Vergütungsbericht stellt die Grundzüge, die Struktur und die Höhe der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung dar. Er ist Teil des Konzernlageberichts und berücksichtigt die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Der Vergütungsbericht enthält die nach den Vorschriften des HGB in der Fassung durch das Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütung erforderlichen Angaben; eine zusätzliche Darstellung dieser Angaben im Konzernanhang erfolgt daher nicht.

1. Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung der Vorstandsvergütung ist der Ständige Ausschuss des Aufsichtsrats zuständig, dem der Vorsitzende des Aufsichtsrats, seine beiden Stellvertreter und je ein Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner und der Arbeitnehmer angehören.

Höhe und Struktur der Vergütung des Vorstands orientieren sich an der Größe und der internationalen Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage, dem Erfolg sowie seinen Zukunftsaussichten unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. Die Vergütung richtet sich darüber hinaus nach den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seinen persönlichen Leistungen und der Leistung des Gesamtvorstands. Sie ist so bemessen, dass sie international wettbewerbsfähig ist und Anreiz für die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes in einem dynamischen Umfeld bietet.

Das Vergütungssystem besteht aus einer Barvergütung, Aktienoptionen und einer Pensionszusage. Die Barvergütung des Vorstands setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: einer festen Vergütung und einer variablen, erfolgsorientierten Vergütung. Die Barvergütung beruht auf einem Jahreszieleinkommen, das bei 100-prozentiger Erfüllung aller Erfolgsziele im Durchschnitt zu rund 40 Prozent in festen monatlichen Beträgen ausgezahlt wird, während 60 Prozent variabel sind. Die variable Vergütung setzt sich zusammen aus einer an der Dividende orientierten Tantieme und erfolgsorientierten Bonusbeträgen. Die Zieleinkommen werden in regelmäßigen Abständen, mindestens alle drei Jahre, überprüft. Die letzte Überprüfung fand zum 1. Januar 2006 statt. Bei dieser Überprüfung wurden die Zieleinkommen von zwei Vorstandsmitgliedern angepasst. Aus Konzernmandaten erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Feste Vergütung

Jedes Mitglied des Vorstands erhält eine feste monatliche Vergütung. Außerdem werden ca. 30 Prozent der dividendenabhängigen Tantieme als Abschlagszahlung in zwölf monatlichen Raten zusammen mit der festen monatlichen Vergütung ausbezahlt.

Zusätzlich werden Sachleistungen gewährt, die individuell versteuert werden. Sie umfassen in der Regel im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und die Bereitstellung von Dienstwagen.

Variable Vergütung

Die variable Vergütung setzt sich zusammen aus einer an der Dividende orientierten Tantieme und erfolgsorientierten Bonusbeträgen.

Die dividendenabhängige Tantieme bemisst sich pro Vorstandsmitglied nach einem individuell vereinbarten Euro-Betrag für jeden von der Hauptversammlung beschlossenen Gewinnanteil von 0,01 € je Aktie, der für das jeweilige Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Von dem sich hieraus ergebenden Tantiemeanspruch beträgt unter Berücksichtigung des monatlich vorab ausgezahlten Betrags der variable Anteil zurzeit ca. 70 Prozent.

Der jährliche Bonus ist vom Erreichen bestimmter, zu Beginn des Geschäftsjahres durch den Ständigen Ausschuss des Aufsichtsrats fixierter Zielsetzungen für das jeweilige Geschäftsjahr abhängig. Erfolgsparameter des Bonus sind überwiegend die Rendite auf das durchschnittlich eingesetzte Kapital (ROCE) und das operative Ergebnis (EBIT) sowie zu einem kleineren Teil die individuellen Positionsziele. Für den Vorstandsvorsitzenden und den Finanzvorstand erfolgt die Ermittlung der Finanzziele auf Basis der Konzerndaten. Für die operativ verantwortlichen Vorstandsmitglieder bemisst sie sich anhand der vergleichbaren Größen der jeweils verantworteten Geschäftsbereiche. Der jährliche Bonus ist in seiner Höhe begrenzt: der kennzahlenbasierte Teil auf maximal 200 Prozent des vereinbarten Bonusbetrages, die Positionsziele auf maximal 100 Prozent. Der Vorstandsvorsitzende hat bei Erreichen bestimmter anspruchsvoller Akquisitions-, Desinvestitions- und Integrationsziele vertraglich zugesicherte Ansprüche auf Bonuszahlungen, deren Größenordnung im Einzelfall vom Ständigen Ausschuss festgelegt wird. Diese sind in ihrer Höhe begrenzt.

Die variable Vergütung ist zahlbar am Tag nach der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt.

Aktienoptionen

Als Komponente mit langfristiger Anreizwirkung erhielten Vorstandsmitglieder, Mitglieder der Geschäftsführungen von verbundenen Unternehmen sowie ausgewählte Führungskräfte – bei Ausgabe der Jahrestanche 2006 waren dies insgesamt 539 Bezugsberechtigte – auf Basis des im Mai 2002 von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienoptionsprogramms jährlich Optionsrechte. Jedes Optionsrecht gewährt das Recht zum Bezug einer Aktie der Linde AG zum Ausübungspreis. Der Ausübungspreis zum Erwerb einer neuen Stückaktie beträgt 120 Prozent des Basispreises. Der Basispreis entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Linde

Aktie im XETRA-Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Handelstage vor dem Ausgabebetag der Optionsrechte. Die Ausgabe der Optionsrechte erfolgte seit 2002 in fünf Jahrestanchen mit einer Laufzeit von jeweils sieben Jahren. Die Wartezeit, die am Ausgabebetag beginnt, beträgt zwei Jahre. Während der gesamten Restlaufzeit von fünf Jahren können die Optionsrechte mit Ausnahme festgelegter Sperrzeiten, den so genannten „Blocked Periods“, ausgeübt werden. Über die Zuteilung der Optionsrechte an Mitglieder des Vorstands entschied der Aufsichtsrat, für die übrigen Bezugsberechtigten der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Seit der Jahrestranche 2004 kann der Aufsichtsrat für die an den Vorstand ausgegebenen Optionsrechte bei außerordentlichen, nicht vorhergesehenen Entwicklungen des Kurses der Linde Aktie eine Begrenzung der Optionsausübung beschließen. Im Mai 2006 wurde die fünfte und letzte Tranche von Optionsrechten unter dem Aktienoptionsprogramm 2002 ausgegeben.

Im Geschäftsjahr 2006 waren die Tranchen 2002, 2003 und 2004 des Linde Aktienoptionsprogramms werthaltig und ausübbar. Insgesamt hielten die Mitglieder des Vorstands am Bilanzstichtag 1.080.000 Optionen, von denen 575.000 ausübbar waren. Im Berichtsjahr 2006 haben die Mitglieder des Vorstands keine Optionsrechte ausgeübt. Weitere Informationen zum Aktienoptionsprogramm von Linde finden Sie im Anhang zum Jahresabschluss auf den Seiten 62 bis 63.

Pensionszusagen

Für die Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionszusagen. Die Pension bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz der zuletzt gezahlten festen monatlichen Vergütung. Der Einstiegsprozentsatz beträgt grundsätzlich 20 Prozent. Er erhöht sich für jedes vollendete Dienstjahr um je 2 Prozent. Maximal kann eine Pension von 50 Prozent der zuletzt gezahlten festen monatlichen Vergütung erreicht werden. Bei Anstellungsverträgen, die vor dem 1. Juli 2002 abgeschlossen wurden, beträgt der Einstiegsprozentsatz 40 Prozent, maximal können 60 Prozent erreicht werden. Die Zahlung erfolgt monatlich nach dem pensionsbedingten Ausscheiden aus dem Unternehmen (Alterspension, medizinisch bedingte Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, Hinterbliebenenpension im Todesfall). Witwen erhalten 60 Prozent der Mannespension. Laufende Pensionen werden jährlich entsprechend der Veränderung des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex nach den Angaben des Statistischen Bundesamts angepasst. Ab Vollendung des 55. Lebensjahres und zehn vollendeten Vorstandsdienstjahren erhält das Vorstandsmitglied im Falle vorzeitiger Beendigung des Anstellungsvertrags durch den Aufsichtsrat oder Nichtverlängerung der Bestellung aus Gründen, die das Vorstandsmitglied nicht zu vertreten hat, die erdiente Pension unter Anrechnung anderweitiger Einkünfte sofort.

Vorstandsvergütung 2006

Die Gesamtbarvergütung der Mitglieder des Vorstands für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei der Linde AG und deren Tochtergesellschaften belief sich im Berichtsjahr auf 11.837.754 € (Vj. 9.685.627 €). Auf vergleichbarer Basis (Barvergütung der vier Vorstandsmitglieder, die auch im Geschäftsjahr 2005 dem Vorstand zuzuordnen waren) stieg die Gesamtbarvergütung um 8,6 Prozent. Die Gesamtvergütung betrug 14.647.754 € (Vj. 11.277.227 €). In der Gesamtvergütung sind Aktienoptionen, die im Rahmen des Linde Management Incentive Programms den Mitgliedern des Vorstands gewährt wurden, im rechnerischen Wert von 2.810.000 € (Vj. 1.591.600 €) enthalten. Im Geschäftsjahr 2006 wurden an die Mitglieder des Vorstands insgesamt 250.000 (Vj. 230.000) Bezugsrechte mit einem Marktwert zum Ausgabezeitpunkt von 11,24 € (Vj. 6,92 €) pro Bezugsrecht ausgegeben.

Unter der Voraussetzung, dass der Jahresabschluss der Linde AG zum 31. Dezember 2006 festgestellt wird und der Ständige Ausschuss einen entsprechenden Beschluss über die variable Vergütung 2006 fasst, stellt sich die Vergütung 2006 der einzelnen Vorstandsmitglieder wie folgt dar:

	Barvergütung			Gesamtbarvergütung	Aktioptionen		Pensionen	
	Festvergütung	Sachbezüge/Sonstige Leistungen	Variable Vergütung		Wert bei Zuteilung	Gesamtvergütung	Jahresbezug bei Eintritt des Pensionsfalls zum Bilanzstichtag	Zuführung zur Pensionsrückstellung im Geschäftsjahr ¹
in €								
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle (Vorsitzender)	1.816.000	14.314	4.075.000	5.905.314	1.461.200	7.366.514	391.680	832.059
Dr.-Ing. Aldo Belloni	588.000	25.419	1.247.500	1.860.919	449.600	2.310.519	244.800	613.913
Trevor Burt (ab 12.09.2006)	73.372	91.829	223.217	388.418	–	388.418	²	²
Georg Denoke (ab 12.09.2006)	110.000	4.309	178.982	293.291	–	293.291	63.360	45.024
Dr. Peter Diesch	504.000	16.209	1.012.000	1.532.209	449.600	1.981.809	122.400	1.203.145
Hubertus Krossa	420.000	21.883	766.950	1.208.833	449.600	1.658.433	198.000	651.149
J. Kent Masters (ab 12.09.2006)	145.641	180.773	322.356	648.770	–	648.770	³	³
Insgesamt 2006	3.657.013	354.736	7.826.005	11.837.754	2.810.000	14.647.754		
(%)	25	2	54	81	19	100		
Insgesamt 2005	2.586.000	69.627	7.030.000	9.685.627	1.591.600	11.277.227		
(%)	23	1	62	86	14	100		

¹ Ggf. anteilig ab Bestellung.

² Bis 31. Dezember 2006 Teilnahme am australischen Defined-Contribution-Plan von BOC Australien; Alterskapital zum 31. Dezember 2006 280.769 €; Zuführung zum Alterskapital ab Zugehörigkeit zum Vorstand 8.246 €.

³ Bis 31. Dezember 2006 Teilnahme am US-amerikanischen Plan von BOC USA; Alterskapital zum 31. Dezember 2006 785.677 €; Zuführung zum Alterskapital ab Zugehörigkeit zum Vorstand 127.219 €.

Zum 31. Dezember 2006 betragen die für die im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses aktiven Vorstandsmitglieder bestehenden Pensionsverpflichtungen im Konzern 6.290.752 € (Vj. 6.658.748 €); im Jahresabschluss der Linde AG sind 6.101.800 € (Vj. 6.658.748 €) zurückgestellt.

Leistungen im Falle vorzeitiger Beendigung

Vorstandsmitglieder erhalten grundsätzlich für den Fall der Nichtverlängerung der Bestellung zwischen dem 55. und 63. Lebensjahr bzw. wegen vorzeitiger Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch den Aufsichtsrat ab dem 62. Lebensjahr eine Abfindung in Höhe von 50 Prozent einer Jahresvergütung. Als Jahresvergütung gelten die zwölfwache monatliche Vergütung und die volle dividendenabhängige Tantieme für das Jahr, in dem das Anstellungsverhältnis endet, sowie der jährliche Bonus. Für die Berechnung des Bonus wird der Durchschnitt des in den davorliegenden letzten drei Jahren vergüteten Bonus zugrunde gelegt.

Im Falle einer Übernahme der Linde AG (Change of Control) und der Beendigung des Anstellungsvertrags innerhalb von neun Monaten danach durch einvernehmliche Beendigung oder durch Zeitablauf und Nichtverlängerung des Anstellungsvertrags oder

durch Kündigung durch das Vorstandsmitglied wegen wesentlicher Beeinträchtigung seiner Stellung als Vorstandsmitglied infolge der Übernahme haben die Mitglieder des Vorstands einen an ihrer vertraglichen Barvergütung orientierten, in seiner Höhe begrenzten Anspruch auf Leistungen. Dem Vorstandsmitglied obliegt jedoch die Beweislast für die tatsächlichen Umstände, aufgrund derer seine Stellung durch die Übernahme mehr als nur unwesentlich beeinträchtigt wird. Neben der üblichen Abgeltung der ihm entgehenden Barvergütung für die restliche Vertragslaufzeit (Summe aus Jahresfestvergütung, Tantieme in Höhe der für das letzte Geschäftsjahr festgesetzten Tantieme und Durchschnitt des für die letzten drei Geschäftsjahre vergüteten Bonus, insgesamt gekürzt um 25 Prozent) hat das Mitglied des Vorstands im Einzelfall Anspruch auf Zahlung einer Abfindung in Höhe einer ungekürzten Jahresbarvergütung. Hat das Vorstandsmitglied bei Ende des Anstellungsvertrags das 55. Lebensjahr vollendet und gehörte es dem Vorstand mindestens fünf Jahre an, erhöht sich die Abfindung auf drei ungekürzte Jahresbarvergütungen. Ein Recht auf Abfindung besteht nicht, wenn das Vorstandsmitglied dem Vorstand weniger als drei Jahre angehört oder bei Ende des Anstellungsvertrags das 52. noch nicht oder das 63. Lebensjahr bereits vollendet hat. Die Abgeltung der Barvergütung

und die Abfindung dürfen zusammen den Betrag von fünf ungekürzten Jahresbarvergütungen nicht überschreiten. Der Pensionsanspruch bemisst sich nach den Regelungen für die vorzeitige Beendigung des Anstellungsvertrags, die das Vorstandsmitglied nicht zu vertreten hat, mit der Maßgabe, dass etwaige Pensionszahlungen ab dem Zeitpunkt gewährt werden, zu dem der Anstellungsvertrag ohne die vorzeitige Beendigung geendet hätte.

Vorschüsse und Kredite

Im Berichtsjahr bestanden keine Vorschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands.

Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich für das Geschäftsjahr 2006 auf 5.380.252 € (Vj. 2.385.616 €).

Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen besteht eine Rückstellung im Konzernabschluss in Höhe von 39.062.290 € (Vj. 34.504.903 €). Im Jahresabschluss der Linde AG sind 37.982.947 € zurückgestellt (Vj. 34.504.903 €).

2. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat durch die Hauptversammlung festgelegt worden und in Ziffer 11 der Satzung geregelt.

Die Vergütung setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: einem festen und einem variablen, am Unternehmenserfolg orientierten Vergütungsbestandteil. Für die variable Komponente ist zu einem Teil die Dividende maßgebend. Ein weiterer Teil ist an die im jeweiligen Geschäftsjahr erreichte Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE) des Linde Konzerns gekoppelt.

Feste Vergütung

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält eine jährliche feste Vergütung von 35.000 €. Sie wird nach Ablauf des Geschäftsjahres ausbezahlt.

Variable Vergütung

Die variable Vergütung errechnet sich pro Aufsichtsratsmitglied einerseits aus 300 € für jeden von der Hauptversammlung beschlossenen Gewinnanteil von 0,01 € je Aktie, der über einen Gewinnanteil von 0,50 € je Aktie mit voller Gewinnberechtigung hinaus an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Andererseits werden 450 € gewährt für jede 0,1 Prozent, um die die im jeweiligen Geschäftsjahr erreichte Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE) des Linde Konzerns die Quote von 7 Prozent übersteigt. Dabei wird das ROCE unter Zugrundelegung der Angaben im jeweiligen geprüften Kon-

zernabschluss gemäß IFRS wie folgt bestimmt: Ergebnis vor Ertragsteuern zuzüglich Zinsen und ähnliche Aufwendungen zuzüglich Finanzierungskosten der Pensionsverpflichtungen (Zinsaufwand aus Pensionsplänen abzüglich Erwartete Rendite aus Planvermögen) dividiert durch Durchschnittlich Investiertes Kapital gemäß Segmentberichterstattung. Im Berichtsjahr beläuft sich das so ermittelte ROCE auf 20,7 Prozent.

Die Summe aus fester und am Unternehmenserfolg orientierter Vergütung darf den Gesamtbetrag von 90.000 € pro Geschäftsjahr nicht übersteigen.

Die variable Vergütung kommt am Tag nach der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt, zur Auszahlung.

Vergütung Vorsitzender, Stellvertreter, Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Dreifache, jeder Stellvertreter und jedes Mitglied des Ständigen Ausschusses das Anderthalbfache der festen und variablen Vergütung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bekommt zusätzlich 40.000 € und jedes andere Mitglied des Prüfungsausschusses 20.000 €. Wenn jedoch ein Mitglied des Aufsichtsrats zur gleichen Zeit mehrere Ämter innehat, für die eine erhöhte Vergütung gewährt wird, erhält es nur das Entgelt für das am höchsten vergütete Amt.

Sofern Mitglieder des Aufsichtsrats oder in dessen Ausschüssen erhöhte Vergütungen erhalten, erhöht sich der Höchstbetrag von 90.000 € pro Geschäftsjahr jeweils um die gleiche Quote bzw. den gleichen Festbetrag.

Sitzungsgeld

Außerdem gewährt die Gesellschaft den Mitgliedern des Aufsichtsrats für jede Teilnahme an einer Aufsichtsrats- oder Ausschusssitzung ein Sitzungsgeld von 500 €. Dieser Betrag bleibt unverändert, wenn an einem Tag mehrere Sitzungen stattfinden.

Umsatzsteuer, Auslagenersatz

Die Linde AG erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die auf ihre Vergütung entfallende Umsatzsteuer und die notwendigen Auslagen.

Aufsichtsratsvergütung 2006

Auf Basis einer Dividende von 1,50 € je dividendenberechtigter Stückaktie und einem ROCE des Linde Konzerns von 20,7 Prozent beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats (feste Vergütung, variable Vergütung und Sitzungsgeld) 1.931.774 € (Vj. 1.836.693 €) zuzüglich Umsatzsteuer in Höhe von 357.976 € (Vj. 287.499 €). Von der Gesamtvergütung entfallen 778.479 € (Vj. 774.893 €) auf feste und 1.098.795 € (Vj. 1.035.000 €) auf variable Vergütungen. Der Gesamtaufwand für die Sitzungsgelder betrug 54.500 € (Vj. 26.800 €).

Auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats entfallen die in der nachfolgenden Tabelle aufgelisteten Beträge:

in €	Feste Vergütung	Variable Vergütung	Vergütung für Tätigkeit im Prüfungsausschuss	Sitzungsgeld	Gesamtvergütung ¹
Dr. Manfred Schneider (Vorsitzender)	105.000	165.000		5.000	275.000
Hans-Dieter Katte (stellv. Vorsitzender)	52.500	82.500		5.000	140.000
Michael Diekmann (weiterer stellv. Vorsitzender)	52.500	82.500		2.500	137.500
Dr. Josef Ackermann (bis 30.06.2006)	17.356	27.274		1.000	45.630
Dr. Karl-Hermann Baumann	35.000	55.000	40.000	4.500	134.500
Dr. Gerhard Beiten	35.000	55.000		3.000	93.000
Dr. Clemens Börsig (ab 30.06.2006)	17.740	27.877		1.000	46.617
Gerhard Full	91.583 ²	82.500		4.500	178.583
Siegried Friebe	35.000	55.000		3.000	93.000
Gernot Hahl ³	35.144	55.226		3.000	93.370
Joachim Hartig (bis 28.12.2006)	52.068	81.822		5.000	138.890
Thilo Kämmerer	35.000	55.000		3.000	93.000
Klaus-Peter Müller	35.000	55.000		2.500	92.500
Kay Pietsch (bis 28.12.2006)	34.712	54.548		3.000	92.260
Prof. Dr. Jürgen Strube	35.000	55.000		2.500	92.500
Wilfried Woller ⁴	35.000	55.000	164	3.000	93.164
Frank Zukauski (bis 28.12.2006)	34.712	54.548		3.000	92.260
Insgesamt 2006	738.315	1.098.795	40.164	54.500	1.931.774
(%)	38	57	2	3	100
Insgesamt 2005	739.824	1.035.000	35.069	26.800	1.836.693
(%)	40	56	2	2	100

¹ Beträge ohne Umsatzsteuer.

² Hierin enthalten sind 39.083 € für die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat einer ausländischen Tochtergesellschaft.

³ Ständiger Ausschuss ab 29. Dezember 2006.

⁴ Prüfungsausschuss ab 29. Dezember 2006.

Vorschüsse und Kredite

Im Geschäftsjahr 2006 bestanden keine Kredite gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrats. Vorschüsse wurden ebenfalls nicht gewährt.

Lagebericht

Unternehmensaufbau

Die Linde AG ist das Mutterunternehmen des Linde Konzerns. Zum 5. September 2006 hat die Linde AG die Akquisition des britischen Gase-Unternehmens The BOC Group plc abgeschlossen und alle ausgegebenen Aktien zum Preis von 1.600 Pence je Aktie übernommen. Parallel zum Zusammenschluss mit BOC hat die Linde AG den Unternehmensbereich Material Handling rechtlich verselbständigt und die drei Marken Linde, STILL und OM unter der neuen Dachgesellschaft KION Group GmbH gebündelt. Am 5. November 2006 hat die Linde AG den Unternehmensbereich zum Preis von rund 4 Mrd. € an ein Konsortium, bestehend aus den Finanzinvestoren Kohlberg Kravis Roberts & Co. (KKR) und Goldman Sachs Capital Partners, veräußert. Nachdem die zuständigen Kartellbehörden am 22. Dezember 2006 die Genehmigung ohne Auflagen erteilten hatten, wurde

die Transaktion am 28. Dezember 2006 auch formalrechtlich vollzogen.

Im Rahmen der Verselbständigung des Unternehmensbereichs Material Handling wurde am 1. Juli 2006 der rechtlich unselbständige Teil Linde Material Handling (Teilbetrieb) aus der Linde AG in die Linde Material Handling & Co. KG ausgegliedert. Die Ergebnisse vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Juli 2006 dieses Geschäftsbereichs sind in der Gewinn- und Verlustrechnung der Linde AG für 2006 noch enthalten. Nach der Ausgliederung besteht die Linde AG aus den operativen Divisionen Gases und Engineering sowie der Unternehmenszentrale. Die Zweigniederlassung der operativen Geschäftsbereiche ist Pullach.

Entwicklung von Umsatz und Auftragseingang

Im Geschäftsjahr 2006 erzielte die Linde AG Umsatzerlöse in Höhe von 2,711 Mrd. € und lag damit 12,2 Prozent unter dem Vorjahreswert von 3,089 Mrd. €. Vergleichbar, also ohne den Unternehmensbereich Material Handling, stieg der Umsatz um 1,5 Prozent. 43 Prozent – wie im Vorjahr – der Umsatzerlöse wurden mit Kunden im Inland erwirtschaftet. Der Exportanteil betrug 57 Prozent, wobei davon auf Europa 54 Prozent (Vj. 67 Prozent), die Region Asien/Pazifik 25 Prozent (Vj. 16 Prozent), auf Amerika 15 Prozent (Vj. 7 Prozent) und auf Afrika 6 Prozent (Vj. 10 Prozent) entfielen.

Der Umsatz der Division Gases lag mit 929 Mio. € um 9,7 Prozent über dem Vorjahreswert von 847 Mio. €. Der Umsatz der Division Engineering lag mit 1,151 Mrd. € um 4,2 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Der Auftragseingang der Division Engineering lag mit 2,203 Mrd. € um 34,3 Prozent über dem Vorjahreswert von 1,640 Mrd. €. Der Auftragsbestand erreichte mit 2,959 Mrd. € einen neuen Höchststand (Vj. 1,839 Mrd. €).

Ertragslage

Einen erheblichen Einfluss hatte die Akquisition der BOC Group plc und die Veräußerung der KION Group auf die Ertragslage der Linde AG.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern ist von 367 Mio. € auf 1,773 Mrd. € gestiegen. Zu dieser Verbesserung hat insbesondere der erhebliche Anstieg des Beteiligungsergebnisses auf 1,277 Mrd. € (Vj. 156 Mio.€) beigetragen. Hierin sind allein 856 Mio. € Ausschüttungen von Gesellschaften der KION Group enthalten. Dagegen stehen hohe Beratungs- und Zinsaufwendungen, die durch den BOC-Erwerb angefallen sind, sowie Abschreibungen auf Ausleihungen an eine Konzerngesellschaft. Die verbleibenden Divisionen Gases und Engineering konnten ihr operatives Ergebnis noch einmal steigern und trugen damit auch zu der positiven Ertragslage der Linde AG bei. Der Saldo des übrigen Finanzergebnisses betrug –679 Mio. € (Vj. –92 Mio. €). Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Finanzierungskosten für die Akquisition der BOC Group zurückzuführen.

In dem Sondereinfluss des laufenden Jahres sind Buchgewinne aus den Veräußerungen und Einbringungen einzelner Tochtergesellschaften der KION Group in Höhe von 1,444 Mrd. € ausgewiesen.

Insgesamt ist ein aus Veräußerungs- und Einbringungsgewinnen, betreffend den Unternehmensbereich Material Handling, erzielter Ertrag von 2,244 Mrd. € im Berichtsjahr vereinnahmt worden.

Die Sondereinflüsse des Vorjahres enthalten unter anderem den Gewinn aus dem Abgang von drei Gesellschaften der Division Gases in Höhe von 413 Mio. €.

Der Jahresüberschuss von 1,437 Mrd. € liegt infolge der oben genannten Ereignisse deutlich über dem Betrag des Vorjahres. Den anderen Gewinnrücklagen wurden im Berichtsjahr 700 Mio. € zugeführt.

Ertragslage (Kurzfassung)

in Mio. €	2006	2005
Umsatzerlöse	2.711	3.089
Umsatzkosten	2.060	2.358
Bruttoergebnis vom Umsatz	651	731
Funktionskosten	637	630
Übrige Erträge	203	139
Übrige Aufwendungen	486	64
Beteiligungsergebnis	1.277	156
Übriges Finanzergebnis	–679	–92
Ergebnis vor Ertragsteuern	329	240
Ertragsteuern	336	81
Sondereinflüsse	–	–
Gewinn aus der Veräußerung von Beteiligungen	1.444	413
Bewertungsanpassung Altersversorgung	–	286
Jahresüberschuss	1.437	286
Einstellung in Gewinnrücklagen	700	118
Bilanzgewinn	737	168

Vermögens- und Finanzlage

Auf die Vermögens- und Finanzlage hat insbesondere der Erwerb der BOC Group einen erheblichen Einfluss.

Die Bilanzsumme stieg um 11,050 Mrd. € auf 19,297 Mrd. €.

Das Anlagevermögen stieg um 11,375 Mrd. € auf 18,734 Mrd. €. Zugängen in Höhe von 15,148 Mrd. € standen Abgänge von 3,318 Mrd. € sowie Abschreibungen von 455 Mio. € gegenüber. In den Zugängen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen von insgesamt 14,020 Mrd. € sind 12,556 Mrd. € für den Erwerb sowie Kapitalzuführungen der BOC Group enthalten. Bei den Abgängen ist die Ausgliederung des Geschäftsbereichs Linde Material Handling mit 2,102 Mrd. € ausgewiesen.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 97 Prozent (Vj. 89 Prozent). Wesentlicher Bestandteil des Anlagevermögens sind die Finanzanlagen, was sich aus der Funktion der Linde AG als Mutterunternehmen des Linde Konzerns ergibt. Das Eigenkapital erhöhte sich aufgrund des gestiegenen Jahresüberschusses und die Einstellung in die Gewinnrücklagen sowie durch die Kapitalerhöhung und die Ausgabe von Bezugsaktien insgesamt um 3,305 Mrd. € auf 7,090 Mrd. €. Die Eigenkapitalquote, gemessen an der Bilanzsumme, ist von 45,9 Prozent auf 36,7 Prozent gesunken. Die Rückstellungen betragen insgesamt 1,496 Mrd. € und lagen damit um 74 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Infolge der Finanzierung des BOC-Erwerbs sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 5,589 Mrd. € auf 8,028 Mrd. € gestiegen, weil ein großer Teil der Finanzierung über die hundertprozentige Tochtergesellschaft Linde Finance B. V. abgewickelt wurde. Darüber hinaus weist die Linde AG 1,844 Mrd. € Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus (Vj. 0 Mio. €).

Bilanzstruktur in Prozent der Bilanzsumme

	2006	2005
Aktiva		
Finanzanlagen	95 %	84 %
Übriges Anlagevermögen	2 %	5 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3 %	5 %
Liquidität	-	5 %
Übrige Aktiva	-	1 %
Passiva		
Eigenkapital	37 %	46 %
Rückstellungen für Pensionen	4 %	10 %
Übrige Rückstellungen	4 %	7 %
Verbindlichkeiten	55 %	37 %

Forschung und Entwicklung

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 68 Mio. € für Forschung und Entwicklung aufgewendet, wobei die Aufwendungen infolge der Ausgliederung des Geschäftsbereichs Linde Material Handling zum 31. Juli 2006 um 13 Mio. € unter dem Vorjahreswert liegen. Im Vorjahr hatte dieser Geschäftsbereich noch Forschungsaufwendungen von 46 Mio. € gegenüber 30 Mio. € in 2006.

In der Division Gases sind Aufwendungen in Höhe von 22 Mio. € (Vj. 19 Mio. €) angefallen. Schwerpunkt der Tätigkeit ist in diesem Bereich die Erforschung von neuen Gaseanwendungen.

In unserer Division Engineering haben wir im Berichtszeitraum 17 Mio. € (Vj. 16 Mio. €) in die Neu- und Weiterentwicklung von Technologien für alle wichtigen Anlagentypen aufgewendet, insbesondere für Wasserstoff-, Olefin- und Erdgasanlagen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2006 waren insgesamt 262 Mitarbeiter in diesem Bereich beschäftigt (Vj. 286). Davon waren 171 Mitarbeiter in der Division Gases und 91 Mitarbeiter in der Division Engineering tätig.

Finanzierung und Liquiditätssicherung

Finanzierungsgrundsätze und -ziele

Ziel der externen Finanzierung und Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität der Linde AG. Unser externer Finanzierungsspielraum wird primär durch eine internationale Bankengruppe und die Kapitalmärkte gewährleistet.

Akquisitionsfinanzierung der BOC Group 2006

Im Geschäftsjahr 2006 standen die Akquisitionsfinanzierung zum Erwerb der BOC Group und die anschließenden Refinanzierungen im Vordergrund der Aktivitäten des Finanzbereichs.

Die Akquisition der BOC Group in Höhe von umgerechnet 12,4 Mrd. € wurde im März 2006 durch Kreditfazilitäten über 8,9 Mrd. £ und 2 Mrd. € (Revolver) von fünf Banken (Commerzbank AG, Deutsche Bank AG, Dresdner Kleinwort Wasserstein, Morgan Stanley Bank International Ltd. und The Royal Bank of Scotland plc) sichergestellt. Diese Finanzierungszusage wurde anschließend an 50 Banken weltweit erfolgreich syndiziert. Die syndizierte Kreditlinie dient auch als Back-up für unser 1 Mrd. € Commercial Paper Programme und ersetzt die 2005 abgeschlossene syndizierte Kreditlinie in Höhe von 1,8 Mrd. €.

Zur Rückführung des Kredits nutzten wir die Erlöse aus den Veräußerungen von Geschäftsaktivitäten, die wir aufgrund kartellrechtlicher Auflagen vollziehen mussten, sowie aus dem Verkauf der KION Group zum Jahresende 2006. Wir haben den überwiegenden Teil der Auflagen zügig erfüllt, und unter Berücksichtigung der guten Marktbedingungen ist es uns dabei zudem gelungen, Preise zu erzielen, die über unseren ursprünglichen Erwartungen lagen.

Corporate Responsibility

Linde und BOC blicken jeweils auf eine über 100-jährige erfolgreiche Unternehmensgeschichte zurück. Mit einer engen Orientierung an klar definierten Werten haben beide Unternehmen die Grundlage für Wachstum und Kontinuität gelegt.

Diese Werte bilden das Fundament unserer unternehmerischen Verantwortung in der neu aufgestellten Linde Group, zusammengefasst unter dem Begriff Corporate Responsibility (CR). Dabei haben wir fünf Handlungsfelder identifiziert: Mitarbeiter, SHEQ (Safety, Health, Environment, Quality), Gesellschaft, Kapitalmarkt sowie Ethik und Compliance.

Das Ziel unserer Aktivitäten im Bereich CR ist es, das Beste aus zwei Unternehmenswelten – unsere Ressourcen, unser Fachwissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter – so nachhaltig wie möglich einzusetzen.

Wir folgen dabei übergeordneten Leitlinien, die wir in der so genannten CR-Policy festgeschrieben haben. Darin verpflichten wir uns zum verantwortlichen Handeln gegenüber unseren Mitarbeitern, unseren Aktionären, der Gesellschaft und der Umwelt – weltweit und in jedem Geschäftsbereich.

Organisatorische Verankerung

Das so genannte CR-Council entscheidet als höchstes Gremium über die konkreten Maßnahmen, um die einzelnen Ziele zu erreichen. Die Besetzung des CR-Councils – unter anderem mit dem Vorstandsvorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied – verdeutlicht den hohen Stellenwert, den CR in unserem Unternehmen hat.

Nach der Akquisition von BOC ist das Gremium um ein Mitglied erweitert worden.

Zielsetzungen

Unsere Ziele legen wir in einer CR Roadmap fest. Auch im Geschäftsjahr 2006 haben wir im Rahmen dieser Roadmap weitere Meilensteine erreicht. Dazu zählen unter anderem:

- Die konzernübergreifende Einführung von ethisch-rechtlichen Grundsätzen für den Einkauf von Waren und Dienstleistungen.
- Eine Stakeholder-Befragung in sechs verschiedenen europäischen Ländern.
- Die Einrichtung eines Vermittlungsservice für Kinderbetreuung für alle Linde Mitarbeiter in Deutschland.
- Die Verabschiedung einer konzernübergreifenden SHEQ-Policy.
- Die Erstellung einer Ökobilanz (Life Cycle Assessment) für ausgewählte Industriegase und deren Anwendungen.

Im laufenden Geschäftsjahr werden wir weitere Zielsetzungen in die bisherige Roadmap einarbeiten. Dabei werden insbesondere bestehende CR-Projekte von BOC mit einfließen. Bei der weiteren Ausgestaltung der Roadmap berücksichtigen wir die Ergebnisse der Stakeholderbefragung, die wir im nächsten CR-Report (Erscheinungstermin Herbst 2007) ausführlich beschreiben werden.

Code of Conduct

Die Gültigkeit der bisherigen Verhaltenskodizes von Linde und BOC bleibt so lange bestehen, bis ein neuer, auf die veränderten Anforderungen der Linde Group ausgerichteter Code of Conduct im Laufe des Jahres 2007 in Kraft tritt. Die bestehenden Kodizes entsprechen einander inhaltlich in hohem Maße. Deshalb konzentrieren wir uns darauf, die Wirksamkeit dieses Instruments sicherzustellen. Der Code of Conduct ist ein wichtiger Baustein, um die gesetzlichen und ethischen Geschäftsrisiken der Linde Group so weit wie möglich zu minimieren.

Auf Basis des gemeinsamen Wertefundaments von Linde und BOC wird der neue Code of Conduct über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende klare, für alle Mitarbeiter verbindliche Verhaltensregeln festschreiben. Begleitend zur Einführung des Dokumentes werden wir im Rahmen eines Programms durch gezielte Kommunikation und Mitarbeiterschulungen die Einhaltung dieser Verhaltensregeln gewährleisten. Dieses Programm wird zurzeit erarbeitet.

Im vergangenen Geschäftsjahr hat die vormalige Linde Organisation wie geplant ethisch-rechtliche Grundsätze für die Beschaffung eingeführt. Diese Grundsätze gelten insbesondere für die Mitarbeiter, die in einem direkten und persönlichen Kontakt mit Lieferanten, Auftragnehmern und anderen Geschäftspartnern stehen. Die Regeln sowohl von Linde als auch von BOC werden im laufenden Jahr überarbeitet in den neuen Code of Conduct einfließen.

Safety, Health, Environment and Quality (SHEQ)

Für uns ist der verantwortungsvolle Umgang mit Mensch und Umwelt eine Grundvoraussetzung für den langfristigen Geschäftserfolg. Diesem Selbstverständnis entsprechend haben wir in der neuen Organisation eine konzernübergreifende Stabsstelle für Safety, Health, Environment and Quality (SHEQ) eingerichtet. Im vergangenen Geschäftsjahr haben wir darüber hinaus eine so genannte SHEQ-Policy verabschiedet, die für die genannten Bereiche verbindliche Leitlinien festlegt. Die regional verantwort-

lichen SHEQ-Manager werden diese Policy nicht nur kommunizieren, sondern mit gezielten Schulungen und weiteren Maßnahmen die Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess auf diesem Gebiet schaffen.

Im Bereich von Sicherheit und Gesundheitsschutz haben die weitere Senkung der Unfallzahlen sowie die Verbesserung der Transportsicherheit höchste Priorität. Im Umweltbereich werden wir die ökologische Effizienz der Produktionsprozesse überprüfen und – wo möglich – noch weiter verbessern.

Die Qualität unserer Produkte entscheidet über die Zufriedenheit unserer Kunden und damit über unsere Wettbewerbsfähigkeit. Daher ist es unser Ziel, die höchsten Ansprüche an Qualität und Zuverlässigkeit nachweislich zu erfüllen.

Zur Identifikation von Verbesserungspotenzialen in den vier Bereichen von SHEQ sowie zur Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen durch die einzelnen Landesgesellschaften erfolgen an unseren Standorten weltweit regelmäßig Auditierungen nach internationalen Standards.

Gesellschaftliches Engagement

Bei unserem gesellschaftlichen Engagement setzen wir auf einen konkreten Bezug zum Kerngeschäft: Gesundheitsförderung, Umweltschutz sowie Bildung und Wissenschaft stehen daher im Blickpunkt dieser Aktivitäten. Der nun noch globaleren Geschäftstätigkeit entsprechend werden wir zukünftig unsere gesellschaftlichen und sozialen Aktivitäten in einzelnen Ländern und Regionen weiter ausbauen.

Berichterstattung und Kennzahlen

Im vergangenen Jahr haben sowohl Linde als auch BOC jeweils unternehmensweit HSE (Health, Safety, Environment) - und Personal-daten erhoben. Im laufenden Geschäftsjahr 2007 werden wir die Erfassung der oben genannten nichtfinanziellen Kennzahlen vereinheitlichen. Der Linde Corporate Responsibility Report, der im Herbst 2007 veröffentlicht werden wird, enthält damit SHEQ- und Mitarbeiterkennzahlen für die gemeinsame Organisation. Bei der Erfassung dieser Kennzahlen folgen wir internationalen Standards für das nichtfinanzielle Reporting, wie sie zum Beispiel durch die Global Reporting Initiative (GRI) formuliert werden. Zugleich orientieren wir uns an unternehmens- und branchenspezifischen Anforderungen, um den Erfolg unserer Maßnahmen im Bereich Nachhaltigkeit angemessen darzustellen.

Kennzahlen Mitarbeiter der Linde AG

Die Zahl der Beschäftigten der Linde AG sank zum 31. Dezember 2006 insbesondere wegen der Ausgliederung des Geschäftsbereichs Linde Material Handling um 3.433 auf 5.565 Mitarbeiter. Der Personalaufwand – vor den Bewertungsanpassungen für Pensions- und Alters-teilzeitverpflichtungen im Vorjahr – lag mit 685 Mio. € um 1,6 Prozent über dem Vorjahr (Vj. 674 Mio. €).

Mitarbeiter nach Geschäftsbereichen

	2006	2005
Division Gases	2.570	2.467
Division Engineering	2.582	2.482
Linde Material Handling	0	3.539
Unternehmenszentrale	413	510
Linde AG	5.565	8.998

In der Mitarbeiterzahl der Unternehmenszentrale sind auch die Beschäftigten des Datacenters mit 166 (Vj. 172) enthalten.

In der Linde AG betrug die Teilzeitquote im vergangenen Jahr 4,3 Prozent (Vj. 4,7 Prozent) und die Fluktuationsquote 1,2 Prozent (Vj. 0,8 Prozent). Die Frauenquote lag im Berichtsjahr bei 20,0 Prozent (Vj. 16,6 Prozent).

Ausbildung

Die Ausbildungsquote bei der Linde AG lag im Berichtszeitraum bei 4,1 Prozent (Vj. 5,4 Prozent). Die Zahl unserer Auszubildenden lag zum 31. Dezember 2006 mit 196 um 288 unter der Vorjahreszahl, die noch 269 Auszubildende des ausgegliederten Geschäftsbereichs Linde Material Handling enthielt. In der Division Gases betrug die Anzahl der Auszubildenden 98 und in der Division Engineering 91.

Im Rahmen so genannter dualer Studiengänge an Berufsakademien bietet Linde neben der Ausbildung eine Alternative zum herkömmlichen Hochschulstudium. In Kooperation mit Berufsakademien in Baden-Württemberg unterstützen wir dabei insbesondere Studiengänge mit internationaler Ausrichtung. Wir ermöglichen den Teilnehmern Praxiseinsätze innerhalb des Konzerns, die durch entsprechende Theoriephasen an internationalen Hochschulen ergänzt werden.

Die Fähigkeiten und die Qualifikation unserer Mitarbeiter bilden die Grundlage für den Erfolg eines Unternehmens. Deshalb hat die qualifizierte Weiterbildung für uns einen sehr hohen Stellenwert.

Die vielfältigen Angebote auf diesem Gebiet, die unseren Mitarbeitern weltweit zur Verfügung stehen, werden zunehmend genutzt. Im Geschäftsjahr 2006 haben bei Linde 72,9 Prozent (einschließlich Geschäftsbereich Linde Material Handling) der Mitarbeiter (Vj. 61,3 Prozent) an durchschnittlich 1,6 Tagen (Vj. 1,8 Tage) wie im Vorjahr an Weiterbildungsprogrammen teilgenommen.

Wir verfolgen ein durchgängiges Personalentwicklungskonzept, das exakt auf die Anforderungen der verschiedenen Zielgruppen ausgerichtet ist. So bieten wir für das obere und mittlere Management in enger Zusammenarbeit mit international führenden Business Schools Weiterentwicklungsprogramme an, die auf die konsequente Umsetzung unserer Strategie zielen. In den einzelnen Divisionen vermitteln wir unseren Mitarbeitern durch eine breite Palette entsprechender Trainings und Schulungen das nötige Wissen, um unseren hohen Standard beim Kundenservice nicht nur zu halten, sondern weiter zu verbessern. Der Bedeutung für unser Geschäft entsprechend legen wir bei diesen Maßnahmen einen besonderen Wert auf das Thema Sicherheit.

Altersversorgung

Die betriebliche Altersversorgung gewinnt für unsere Mitarbeiter immer mehr an Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Entgeltumwandlung als steuerbegünstigte Möglichkeit zur Verbesserung der Versorgungssituation im Alter, die Teil des Linde Vorsorge-Plans (LVP) ist. Im Jahr 2006 haben 3.107 Mitarbeiter (Vj. 2.811) von dieser Form der betrieblichen Altersversorgung Gebrauch gemacht. Dies verdeutlicht die hohe Akzeptanz des Angebots, die nicht zuletzt auch in der Attraktivität der bestehenden Durchführungswege begründet liegt.

Das Vermögen zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen für die im Inland tätigen Mitarbeiter, das im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement treuhänderisch ausgegliedert ist, hat sich im Berichtsjahr positiv entwickelt. Das gesamte Fondsvermögen (firmenfinanzierte Versorgung und Entgeltumwandlung LVP) betrug am Ende des Berichtsjahres 305 Mio. € (Vj. 267 Mio. €). Davon entfallen 273 Mio. € auf die firmenfinanzierte Versorgung und 32 Mio. € auf die Entgeltumwandlung. Auf die KION Group entfällt daraus ein Planvermögen in Höhe von 32 Mio. €, 24 Mio. € für die firmenfinanzierte Versorgung und 8 Mio. € für die Entgeltumwandlung.

Im Geschäftsjahr 2006 hat die Linde AG für Altersversorgung und Unterstützung – vor den Bewertungsanpassungen für Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen – insgesamt 75 Mio. € (Vj. 47 Mio. €) aufgewendet.

Betriebskrankenkasse Linde

Die Zahl der Mitglieder der Betriebskrankenkasse Linde hat sich im Verhältnis zum Vorjahr nur unwesentlich verändert.

Zum 31. Dezember 2006 betreute die BKK 26.149 Mitglieder (Vj. 26.109) mit 12.279 Familienangehörigen (Vj. 12.604).

Aufgrund der Kostenentwicklung im Jahr 2006, der zu erwartenden Kostensteigerung durch die Mehrwertsteuererhöhung 2007 und der zu erwartenden Mehrkosten durch die Gesundheitsreform musste die BKK Linde ab dem 1. Januar 2007 den Beitragssatz von 12,7 Prozent auf 13,0 Prozent anheben. Der zusätzlich anfallende gesetzlich vorgeschriebene Sonderbeitrag von 0,9 Prozent bleibt unverändert.

Nachdem bereits seit dem 1. Januar 2006 sämtliche Personalkosten der BKK-Mitarbeiter allein von der BKK getragen werden, ist es Anfang Februar 2007 im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der BKK zu einer Grundsatzentscheidung des Verwaltungsrats der BKK dahingehend gekommen, die BKK zu öffnen. Das bedeutet, dass künftig nicht nur Mitarbeiter der Linde AG und deren selbstversicherte Angehörige, sondern auch andere gesetzlich Krankenversicherte außerhalb des Linde Konzerns eine Mitgliedschaft bei der BKK beantragen können.

Der Verwaltungsrat der BKK hat sich zu diesem Schritt entschlossen, um die BKK auch wegen der Veränderung innerhalb des Linde Konzerns für die Zukunft als wettbewerbsfähige Krankenkasse zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Dank an die Mitarbeiter

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Einsatzbereitschaft und ihre Arbeit in einem Geschäftsjahr, das von allen ein besonderes Engagement erfordert hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Linde und BOC haben mit ihren Leistungen maßgeblich dazu beigetragen, die Zusammenführung der beiden Unternehmen reibungslos zu vollziehen und den Integrationsprozess erfolgreich voranzutreiben.

Risikobericht

Risikomanagementsystem kontinuierlich weiterentwickelt

The Linde Group ist als internationaler Technologiekonzern im Rahmen seines weltweiten Geschäfts unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Wir verfolgen daher die Strategie, die im Zusammenhang mit unserer Tätigkeit entstehenden potenziellen Risiken frühzeitig zu begrenzen. Gleichzeitig nutzen wir aber auch die sich bietenden Chancen konsequent, um weiterhin ein nachhaltiges, ertragsorientiertes Wachstum zu realisieren. Das Risikomanagementsystem der Linde Group besteht aus vielen miteinander verzahnten Prozessen, deren Ziel es ist, potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, anhand vorgegebener Kriterien zu bewerten, ihre quantitativen und qualitativen Folgen abzuschätzen und geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Im Berichtsjahr haben wir unsere Risikomanagementsysteme kontinuierlich weiterentwickelt und deren Wirksamkeit und Transparenz erhöht.

Risikomanagement als integraler Bestandteil der Geschäftsprozesse

Das Risikomanagement der Linde Group ist unmittelbar an der operativen Struktur des Konzerns ausgerichtet und dezentral organisiert. Die unterschiedlichen Geschäftstätigkeiten in den verschiedenen Divisionen erfordern eine differenzierte, auf die jeweiligen Geschäftsfelder abgestimmte Methode für die Handhabung der Risiken. Ein schlankes, zentrales Risikomanagementteam definiert einheitliche Standards und stellt sicher, dass gleichartige Risikomanagementprozesse genutzt werden. Wir haben für jede Division einzelne Risikoverantwortliche ernannt, die die jeweiligen geschäftsspezifischen Risiken identifizieren, quantifizieren, hierfür geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeiten und so die Risiken vor Ort behandeln.

Zeitnahe Information der Entscheidungsträger durch regelmäßige Berichterstattung und direkte Meldung wesentlicher neuer Risiken

Grundlage der organisatorischen Einbindung unseres Risikomanagementsystems in die betrieblichen Abläufe ist eine systematische Erfassung, Kontrolle und Begrenzung von Risiken und ein Schutz vor potenziellen Gefahren durch geeignete Frühwarnsysteme.

Um eine effiziente Erfassung und Quantifizierung der Risiken sicherzustellen, haben wir die Risikoerfassung nach konzernweiten Vorgaben aufgebaut. Hierzu werden die Risiken in der Linde Group anhand eines konzernspezifischen Risikokatalogs analysiert. Die einzelnen Risikokategorien leiten sich unmittelbar aus

den kritischen Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der Unternehmensstrategie und deren Ziele ab.

Risikomeldungen erfassen und analysieren wir in einem internetbasierten System. In einem vierteljährlichen Risikobericht unterrichten wir den Vorstand über die aktuelle Risikosituation. In diesem Risikobericht werden die Risiken quantifiziert und nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrem möglichen Schadenspotenzial in Kategorien eingeteilt. Auch der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats wird in regelmäßigen Abständen über die Risikolage zeitnah informiert. Sollte sich die Risikolage entscheidend ändern, erfassen wir signifikante Einzelrisiken mit Hilfe einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Als weiteres Controllinginstrument im Rahmen eines aktiven Risikomanagements haben wir im Berichtsjahr eine so genannte „Watch-list“ etabliert. Diese Watch-list wird quartalsweise als Diskussionsgrundlage in einer Vorstandssitzung präsentiert. Sie identifiziert Gesellschaften mit potenziellem Handlungsbedarf anhand ausgewählter Kriterien, wie zum Beispiel negatives Eigenkapital, deutliche Ergebnisverschlechterung, ansteigende Verschuldung oder Kapitalerhöhung innerhalb der letzten zwölf Monate. Durch eine Detailanalyse der wesentlichen Parameter kann eine Bewertung der Geschäftsentwicklung im zeitlichen Verlauf und gegenüber dem Budget durchgeführt werden. Sofern erforderlich, werden Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Risikomanagement als zentrales Managementtool etabliert

In unseren Unternehmensprozessen ist die Philosophie des Risikomanagements fest verankert, Chancen und Risiken nicht nur transparent zu machen, sondern daraus Maßnahmen zur Verminderung, Übertragung und Vermeidung von Risiken abzuleiten.

Das Risikomanagement der Linde Group arbeitet eng mit dem Versicherungsbereich zusammen, um so absicherbare Risiken zu identifizieren und einen optimalen Versicherungsschutz zu gewährleisten. Grundsätzlich vertreten wir dabei die Linie, eher unwahrscheinliche, aber in der Schadenshöhe signifikante Risiken extern abzusichern. Kleinere, so genannte Frequenzschäden, werden in der Regel nicht abgesichert und müssen von den operativen Einheiten getragen werden. Somit wird ein wirtschaftlicher Anreiz geschaffen, in geeignete Vorsorgemaßnahmen zu investieren.

Unser Risikomanagementsystem ist ebenfalls eng mit den Controllingprozessen verzahnt. Auch im Geschäftsjahr 2006 haben wir die Prozesse zur internen Berichterstattung kontinuierlich weiterentwickelt. So haben wir ein konsistentes, top-down aufgebautes Monatsberichtswesen implementiert, das die wesentlichen Geschäftsparameter übersichtlich darstellt und mit Hilfe einer Ampellogik signifikante Veränderungen in einzelnen Geschäfts-

einheiten hervorhebt. Gleichzeitig wurde eine deutliche Beschleunigung der internen Berichterstattung erreicht, um so ein zeitnahes Monitoring der Geschäftsentwicklung und Risiken sicherzustellen.

Im Rahmen der neu etablierten so genannten Business-Review-Gespräche zwischen den operativen Geschäftsführungen und dem Konzernvorstand werden in regelmäßigen Abständen die aktuelle Geschäftsentwicklung und Vorausschau sowie die sich bietenden Chancen und Risiken für den jeweiligen Geschäftsbereich intensiv diskutiert.

Gleichzeitig haben wir im Berichtsjahr in den operativen Einheiten und im Rahmen der Post-Acquisition-Integration von BOC und Linde Workshops durchgeführt mit dem Ziel, Maßnahmen zur Risikominimierung und Chancennutzung zu erarbeiten.

Veränderung der Risikostruktur im laufenden Geschäftsjahr

Als Folge der Neustrukturierung des Konzernportfolios hat sich die Risikostruktur der Linde Group deutlich verändert. Der Kauf von BOC führt aufgrund der damit verbundenen Fremdfinanzierung zu erhöhten Finanz- und Währungskursrisiken. Gleichzeitig fallen durch den Verkauf der KION Group, unseres Geschäfts mit Gabelstaplern und Lagertechnikgeräten, Risiken, insbesondere im Leasingbereich, weg. Nachfolgend sind wesentliche Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns beeinflussen können, dargestellt.

Risiken durch fehlende Wachstumsimpulse und unsichere konjunkturelle Entwicklung

Wesentliche Risiken für die Entwicklung der Linde Group resultieren aus konjunkturellen Einflüssen auf den relevanten Märkten. Das wirtschaftliche Umfeld kann sich somit negativ auf das Umsatzwachstum des Konzerns auswirken. Insbesondere können einzelne Branchen oder wichtige Hauptkunden von einer Verschlechterung der Wettbewerbssituation betroffen sein. Zur Kompensation dieser Risiken sind wir als global operierendes Industriegase- und Engineeringunternehmen sowohl regional als auch nach Kundensegmenten stark diversifiziert. Bei einzelnen Investitionsprojekten stellen die spezifischen Kunden und Marktsegmentrisiken eine wesentliche Grundlage für den Bewertungsprozess dar.

Risiken in politisch instabilen Ländern

Die Linde Group ist ein global operierender Konzern, der in mehr als 70 Ländern tätig ist. Mögliche Länderrisiken, denen wir dabei ausgesetzt sind, umfassen die Verstaatlichung oder Enteignung

von Wirtschaftsgütern, rechtliche Risiken, Kapitaltransferverbot, Krieg sowie sonstige Unruhen. Um diese Risiken managen zu können, haben wir Instrumente etabliert, die das Risiko-Exposure des Konzerns in Bezug auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bewerten. Somit können wir eine risikooptimierte Finanzierung über Ländergrenzen hinweg sicherstellen. Gleichzeitig werden einzelne Investitionsvorhaben unter Berücksichtigung politischer Risiken bewertet.

Einfluss erhöhter Beschaffungspreise auf die Profitabilität

Auf der Beschaffungsseite gibt es potenzielle Risiken bezüglich der Verfügbarkeit, der Qualität und der Preise von Rohstoffen, Energie, Vor- und Zwischenprodukten, die zu einer Beeinträchtigung der Profitabilität des Konzerns führen können. Darüber hinaus besteht auch ein Risiko der Abhängigkeit von Großlieferanten. Diese Risiken auf den Beschaffungsmärkten verringern wir durch unsere weltweiten Einkaufsaktivitäten, langfristigen Lieferverträgen, sowie kontinuierliche Optimierung des Lieferantenportfolios. Einkaufsverträge für strategisch wichtige Rohstoffe für die Linde Group handeln wir zentral aus. Für wesentliche Rohstoffe, deren Preise in der Vergangenheit eine hohe Volatilität aufgewiesen haben, wie zum Beispiel Erdgas und Energie, haben wir Programme und Vertragskomponenten aufgesetzt, die es erlauben, Preisschwankungsrisiken teilweise auf die Kunden zu übertragen.

Um dem möglichen Preisdruck auf der Einkaufsseite zu begegnen, wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr zusätzlich das Programm GAP (Growth and Performance) weiter ausgebaut. Ziel dieses Programms ist es, die Profitabilität unserer Division Gases durch Effizienzsteigerungs- und Wachstumsmaßnahmen zu steigern. Dabei haben wir gezielt eine Vielzahl von Maßnahmen entwickelt, die die Kosteneffizienz erhöhen und neue Wachstumspotenziale erschließen. Der Umsetzungsstatus der Einzelmaßnahmen wird kontinuierlich verfolgt.

Komplexe Großprojekte im Anlagenbau stellen besondere Anforderungen an das Risikomanagement

In unserer Division Engineering werden Großprojekte abgewickelt mit Vertragsvolumina von teilweise mehreren hundert Mio. € und mehrjähriger Vertragslaufzeit. Typischerweise handelt es sich dabei um die Planung und den Bau schlüsselfertiger Anlagen. Potenzielle Risiken entstehen dabei in der mit Unsicherheiten behafteten Kalkulation der komplexen Projekte. Dazu gehören unerwartete technische Probleme, Lieferengpässe bei Lieferanten wichtiger Komponenten, unvorhersehbare Entwicklungen bei der Montage vor Ort und Probleme mit Partnern oder Subunternehmern. Zum Management der Risiken im Anlagenbau wenden wir bereits in der Angebotsphase bewährte Methoden an, um den Einfluss möglicher Kosten-

abweichungen einzelner Komponenten gegenüber den Planwerten auf die Wirtschaftlichkeit eines Großprojektes abzuschätzen. So simulieren wir die Chancen und Risiken eines jeden Projekts mit Hilfe numerischer Analysemethoden. Durch eine fortlaufende Kontrolle von Veränderungen der Parameter parallel zum Projektfortschritt lassen sich bereits im frühen Stadium mögliche Projektrisiken erkennen und erforderliche Maßnahmen einleiten. Diese Instrumente werden ständig weiterentwickelt und den steigenden Anforderungen des Marktes angepasst.

Wartungs- und Qualitätssicherungsmaßnahmen minimieren das Ausfallrisiko von Produktionsanlagen

Durch technische Störungen beziehungsweise Unfälle kann es in den Produktionsanlagen zu Ausfällen kommen. Dies ist insbesondere dann kritisch, wenn es sich dabei um On-site-Anlagen – wie zum Beispiel Luftzerlegungs- oder Synthesegas-Anlagen – handelt, die der Versorgung einzelner Kunden dienen. Bei längeren Produktionsstopps drohen dann hohe Strafen, erhöhte Kosten für Fremdbezug und Kundenverluste. Um dieses Risiko zu minimieren, legen wir besonderen Wert auf vorsorgende Wartungsmaßnahmen und eine ständige Verbesserung der Qualitätssicherungsmaßnahmen. Bei eventuellen Störfällen werden diese unverzüglich untersucht, um entsprechende Maßnahmen zur Reduzierung vergleichbarer Störfälle für die Zukunft zu treffen.

Produkthaftungsrisiken und sonstige rechtliche Risiken werden durch Versicherungslösungen minimiert

Einige Unternehmen der Linde Group sind im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs Prozesspartei in verschiedenen Gerichtsverfahren. Hierzu gehören auch Verfahren, in denen auf hohe Schadenersatzsummen geklagt wird. Der Ausgang der Rechtsstreitigkeiten, an denen Unternehmen der Linde Group als Prozesspartei beteiligt sind, lässt sich nicht eindeutig vorhersagen. Das Unternehmen geht jedoch davon aus, dass die Rechtsstreitigkeiten ohne nennenswerte negative Auswirkungen auf die Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens beigelegt werden können.

Bestimmte Tochterunternehmen sind als Prozesspartei an einem Gerichtsverfahren im US-Bundesstaat Texas sowie einem internationalen Schiedsverfahren beteiligt. Inhalt dieser Verfahren ist eine Schadenersatzforderung der Celanese Corporation (und deren Tochterunternehmen) wegen wirtschaftlicher Schäden im Zusammenhang mit der im Bau befindlichen Essigsäureanlage in Nanjing (China). Celanese fordert ausgleichenden Schadenersatz in Höhe von 250 Mio. US-Dollar sowie Strafschadenersatz in etwa dreifacher Höhe. Die Tochterunternehmen weisen diese Ansprüche ausdrücklich zurück. Aufgrund der Sachlage und der eingeholten Rechtsaus-

künfte gehen wir davon aus, dass in tatsächlicher und in rechtlicher Hinsicht überzeugende Argumente zur Abwehr der behaupteten Ansprüche vorliegen und die Rechtsstreitigkeiten daher so beigelegt werden können, dass keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf die Finanz- oder Ertragslage des Konzerns entstehen. Das Ergebnis dieses Verfahrens ist jedoch ungewiss und lässt sich nicht vorhersagen.

Bestimmte Tochterunternehmen sind in den Vereinigten Staaten als Prozesspartei an verschiedenen Gerichtsverfahren beteiligt. Bei diesen Verfahren geht es um Gesundheitsschäden, die während des Schweißens durch den Kontakt mit Mangan, Asbest und/oder toxischen Dämpfen entstanden sein sollen. Die Tochterunternehmen sind hierbei in der Regel nur einer von mehreren beziehungsweise vielen Beklagten. Die betroffenen Tochterunternehmen sind davon überzeugt, dass sie über gute Argumente gegen die erhobenen Schadenersatzansprüche verfügen und weisen die behaupteten Ansprüche nachdrücklich zurück. Aufgrund der bisherigen Prozess Erfahrung, der Stichhaltigkeit der erhobenen Vorwürfe sowie des jeweils bestehenden Versicherungsschutzes geht der Konzern davon aus, dass die Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Schweißdämpfen so beigelegt werden können, dass keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf die Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens entstehen.

Das Ergebnis dieser Verfahren ist ungewiss und lässt sich nicht vorhersagen. Die Versicherungen der Tochterunternehmen decken die Kosten und Folgen eines möglichen Urteils im Zusammenhang mit den behaupteten Ansprüchen vollständig oder zum Teil ab.

Professionelles Management minimiert finanzielle Risiken

Als weltweit agierender Konzern ist die Linde Group einer Reihe finanzieller Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen insbesondere Adressausfallrisiken sowie Risiken, die aus einer Veränderung der Zinsen und Währungskurse resultieren.

Das Zinsrisiko tritt durch marktbedingte Schwankungen der Zinssätze auf. Sie wirken sich zum einen auf die Höhe der Zinsaufwendungen in der Linde Group aus, zum anderen beeinflussen sie den Marktwert von Finanzinstrumenten.

Bei den Währungskursrisiken ist zwischen den operativen Transaktionsrisiken, die aus Lieferverträgen zwischen verschiedenen Währungsgebieten für einzelne Projekte resultieren, und den Translationsrisiken, die sich aus der Währungsumrechnung für einzelne Gesellschaften zu verschiedenen Stichtagen ergeben, zu differenzieren. Durch die überwiegend in ausländischer Währung fremd finanzierte Übernahme von The BOC Group plc ist das Zinsrisiko und Währungskursrisiko im Berichtsjahr deutlich angestiegen.

Zur Steuerung des Adressausfallrisikos greifen wir im Wesentlichen auf die jeweiligen Ratings der Kontrahenten zurück und begrenzen die Höhe und die Laufzeit von abzuschließenden Handelsgeschäften entsprechend. Die Einhaltung aller Limits wird regelmäßig von einer vom Handel unabhängigen Instanz überprüft.

Im Treasury wird dieses Prinzip der Funktionentrennung zwischen Front-, Mid- und Back-Office im gesamten Prozess des Risikomanagements konsequent eingehalten und überwacht. Dies bedeutet, dass der Abschluss, die Abwicklung und die Kontrolle von Handelsgeschäften strikt personell und organisatorisch voneinander getrennt sind. Zur Durchführung, Abbildung und Bewertung von Handelsgeschäften setzen wir ein Treasury-Management-System ein, das regelmäßig intern und extern – in der Regel einmal pro Jahr – geprüft wird.

Die grundlegenden Risikostrategien für das Zins-, Währungs- und Liquiditätsmanagement sowie die Ziele und Grundlagen der Finanzierungen werden vom Treasury-Komitee unter Leitung des Finanzvorstands festgelegt. Dieses Gremium trifft sich mindestens einmal im Monat.

Die Basis für Finanzierungs- und Absicherungsentscheidungen stellen die Finanzinformationen dar, die wir aus dem Treasury-Management-System und unserer Finanz- und Liquiditätsplanung erhalten, die alle wesentlichen ehemaligen Linde Unternehmenseinheiten einschließt.

Geschäfts- und Finanzierungsaktivitäten außerhalb der jeweiligen Landeswährung führen automatisch zu Zahlungsströmen in Fremdwährung. Die einzelnen Unternehmenseinheiten sind nach der Konzernrichtlinie verpflichtet, die daraus resultierenden Transaktionsrisiken selbst zu überwachen und mit dem Konzern-Treasury entsprechende Sicherungsgeschäfte im Rahmen von vorgegebenen Mindestsicherungsquoten abzuschließen, sofern nicht länderspezifische Beschränkungen oder sonstige Gründe dagegen sprechen. Einzelrisiken werden auf Konzernebene nach Währungen zusammengefasst; die pro Währung entstehende Netto-Position des Konzerns wird jeweils ermittelt. Dabei erfolgt eine Betrachtung der Nominalposition gemäß Value at Risk nach der Varianz-Covarianz-Methode. Dabei unterstellen wir eine Haltedauer von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 95 Prozent.

Im Rahmen der Risikostrategien des Treasury-Komitees werden Sicherungsentscheidungen getroffen. Dabei setzen wir Devisentermingeschäfte, Währungsswaps und einfache Devisenoptionen ein. Hauptwährungen sind US-Dollar (USD), britisches Pfund (GBP), australischer Dollar (AUD), einige osteuropäische, südamerikanische sowie asiatische Währungen. Erstmals sind im Jahr 2006 auch Translationsrisiken abgesichert worden, da sich nach Übernahme der BOC

Group der Schwerpunkt des Währungsmanagements vom Transaktionsbereich auf den Translationsbereich verschoben hat.

In unseren Divisionen Gases und Engineering setzen wir zusätzlich Instrumente zur Absicherung von Strompreissrisiken ein. Fremdwährungsrisiken im Projektgeschäft der Division Engineering reduzieren wir soweit wie möglich durch so genannte natürliche Absicherungen (Natural Hedges). Dies kann durch Zulieferungen und Serviceleistungen in der jeweiligen Auftragswährung geschehen. Darüber hinausgehende Fremdwährungsbeträge werden sofort zum Zeitpunkt der Entstehung, in der Regel über Termingeschäfte, voll gesichert.

Zinsrisiken werden ebenfalls zentral gesteuert. Wir analysieren mögliche Zinsrisiken, erheben die Zinsrisikoposition in den wichtigsten Währungen und führen Sensitivitätsanalysen durch. Im Rahmen des Treasury-Komitees werden dann Bandbreiten für Absicherungsquoten festgelegt, in deren Rahmen das Treasury Handelsgeschäfte mit Banken abschließt. Zinsrisiken werden durch langfristige Festzinsanleihen, Kredite und Zinsderivate abgesichert. Am Jahresende 2006 waren rund 50 Prozent des Konzern-Exposure variabel finanziert.

Professionelles M & A-Management minimiert Risiken aus dem Kauf und Verkauf von Unternehmen

Infolge des Umbaus des Konzernportfolios hat die Linde Group im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Reihe größerer Unternehmenskäufe und -verkäufe getätigt. Aus diesen Transaktionen resultieren entsprechende Risiken. So können unter Umständen Verzögerungen und Herausforderungen bei der Integration erworbener Unternehmen zu einer Beeinträchtigung unserer Geschäftsentwicklung führen. Zusätzlich können beim Kauf durch eine nicht ausreichende Prüfung der Geschäftsrisiken bzw. beim Verkauf durch vertraglich garantierte Zusicherungen zusätzliche Risiken für den Konzern entstehen.

Um diese Risiken zu minimieren, haben wir professionelle M & A-Prozesse etabliert, die eine sorgfältige Bearbeitung der M & A-Projekte sicherstellen. Durch Einbindung externer Experten, sorgfältige Due-Diligence-Prozesse und professionell geführte Vertragsverhandlungen können wir die Transaktions- und Integrationsrisiken weitestgehend reduzieren.

Vorausschauendes IT-Management sichert den reibungslosen Ablauf der Geschäftsprozesse

In unserem weltweit operierenden Geschäft ist es nötig, IT-Systeme und Standorte organisatorisch und technisch miteinander zu vernetzen. Aufgrund der zunehmenden Komplexität von elektronischen

Kommunikationstechniken ist die Linde Group Risiken ausgesetzt, die vom Datenverlust oder -diebstahl über Betriebsstörungen und -unterbrechungen bis hin zum Ausfall der Systeme führen können.

Unser IT-Management hat eine Vielzahl von Prozessen, Richtlinien und Maßnahmen entwickelt, um diese Risiken zu schmälern. Dazu gehören die laufende Überprüfung der Systemarchitektur und die regelmäßige Erneuerung von Hardware und Software, damit die Informationstechnologie unseres Konzerns stets die sich ändernden Geschäftsanforderungen erfüllt. Für die kritischen IT-Systeme haben wir entsprechende Notfallpläne definiert. Diese werden durch regelmäßige Prüfungen auf ihre Wirksamkeit untersucht. Zusätzlich sind detaillierte Back-up- und Recovery-Prozeduren implementiert worden, die sicherstellen, dass beim Ausfall eines kritischen Systems der Betrieb schnellstmöglich wieder aufgenommen werden kann und somit die Geschäftsprozesse nur minimal beeinträchtigt werden. Die Datenbestände werden permanent von Virensclannern überprüft und regelmäßig gesichert. Die Einrichtung von so genannten Firewalls und der Einsatz von Datenverschlüsselungstechniken verhindern das ungewollte Eindringen von Externen in unsere Systeme. Umfassende Schulungen ermöglichen unseren Mitarbeitern, stets auf dem neuesten Kenntnis- und Entwicklungsstand zu bleiben.

Der wirtschaftliche Erfolg hängt wesentlich vom Engagement der Mitarbeiter ab

Maßgeblich für den wirtschaftlichen Erfolg der Linde Group sind Engagement, Kompetenz und Leistung unserer Mitarbeiter. Zur Sicherung und Stärkung dieser Faktoren legen wir besonderen Wert auf die Aus- und Weiterbildung sowie die Personalentwicklung unserer Mitarbeiter. Unseren Fach- und Führungskräften bieten wir in allen Unternehmensteilen umfassende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. So vermittelt die Linde Group unter anderem ihren Potenzialträgern im Rahmen der Linde University in Zusammenarbeit mit führenden externen Hochschulen modernes Management-Know-how. Insbesondere in Wachstumsfeldern, wie zum Beispiel im Anlagenbaugeschäft, hängt die erfolgreiche Expansion des Unternehmens davon ab, dass genügend qualifizierte Nachwuchskräfte für den Konzern gewonnen werden. Dafür haben wir wirksame Ausbildungsmodelle und Rekrutierungsmaßnahmen entwickelt, die es uns ermöglichen, exzellente Fachkräfte selbst auszubilden beziehungsweise neu einzustellen. Zusätzlich bieten wir unseren Mitarbeitern leistungsbezogene Vergütungsmodelle und attraktive Sozialleistungen an. Die Führungspositionen werden regelmäßig im Hinblick auf eine vorausschauende Nachfolgeplanung analysiert und geeignete Kandidaten zur Risikoabsicherung festgelegt.

Vertretbares Gesamtrisiko für den Konzern

Hinsichtlich der in diesem Bericht erläuterten Risiken und Zukunftsaussichten wurden im Geschäftsjahr 2006 keine Risiken identifiziert, die zu einer dauerhaften oder wesentlichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Linde Group führen könnten. Grundlage dieser Einschätzung ist das vom Vorstand der Linde AG implementierte Risikofrüherkennungssystem, das seinerseits einer regelmäßigen Überprüfung durch die Interne Revision und durch Abschlussprüfer gemäß den gesetzlichen Anforderungen unterzogen wird.

Angaben gem. § 289 Abs. 4 HGB

Es existieren wesentliche Finanzierungsverträge, die jeweils eigene Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels enthalten. Diese Regelungen sehen insbesondere Informationspflichten gegenüber dem Vertragspartner sowie Kündigungsrechte für den Vertragspartner vor.

Die im Jahr 2004 begebene Wandelschuldverschreibung enthält eine Regelung zur Anpassung des Wandlungsverhältnisses im Falle eines Kontrollwechsels.

Eine Kündigung und vorzeitige Rückzahlung ist bei den im Jahr 2006 begebenen Hybrid-Anleihen möglich, sofern ein Kontrollwechsel stattfindet.

Im Falle einer Übernahme der Linde AG und der Beendigung des Anstellungsvertrags werden den Vorstandsmitgliedern gegebenenfalls bestimmte, an ihren vertraglichen Bezügen orientierte Ausgleichsleistungen gewährt. Diese Ausgleichsleistungen sind in ihrer Höhe begrenzt. Eine nähere Beschreibung der Change of Control-Regelungen der Vorstandsmitglieder ist im Vergütungsbericht dargestellt.

Für die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands gelten §§ 84, 85 AktG. Gemäß Ziff. 5.1 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mehreren Personen, wobei der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt. Nach Ziff. 5.2 der Satzung der Gesellschaft kann der Aufsichtsrat ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden und eines zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen.

Für Satzungsänderungen gelten §§ 179 ff. AktG. Ein Beschluss der Hauptversammlung zur Satzungsänderung bedarf wie alle Beschlüsse der Hauptversammlung nach Ziff. 13.2 der Satzung der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, falls nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Ein Beschluss der Hauptversammlung zur Änderung des Unternehmensgegenstandes bedarf gemäß § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Die Angaben zum Eigenkapital befinden sich in Ziffer 7 des Anhangs.

Nachtragsbericht

Es liegen keine berichtspflichtigen Ereignisse vor.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Weltkonjunktur: leichte Abkühlung erwartet

Die Expansion der Weltwirtschaft wird sich im laufenden Jahr etwas abschwächen. Grund hierfür ist unter anderem die schwächere Entwicklung der US-Konjunktur. Vor dem Hintergrund eines langsameren Anstiegs der Binnennachfrage in den USA werden sich Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen eintrüben und die Investitionstätigkeit insgesamt abnehmen. Aufgrund des schwächeren Konsums gehen auch die Einfuhren zurück. Insgesamt ist in den USA mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,5 Prozent zu rechnen.

Neben einer leicht abflauenden US-Konjunktur wird das weltweite Wirtschaftsklima auch von einer restriktiven Finanzpolitik im Euroraum – besonders in Deutschland und in Italien – beeinträchtigt. Im Euroraum wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich um 2,3 Prozent steigen.

Während die expansive Geldpolitik im Euroraum und in Japan (prognostiziertes Bruttoinlandsprodukt 2007: + 1,6 Prozent) weiter gestrafft wird, ist in den USA im Jahresverlauf eine Lockerung zu erwarten.

Für das weltweite reale Bruttoinlandsprodukt rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute in diesem Jahr mit einem Wachstum von 2,4 Prozent. Gleichzeitig wird der Welthandel um mehr als 7 Prozent expandieren. Grundlage dieser Prognose der Arbeitsgemeinschaft deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. (Berlin) ist die Annahme, dass der Ölpreis bis zum Jahresende auf einem Niveau von etwa 60 US-Dollar je Barrel nahezu konstant bleiben wird. Beim Wechselkurs des Euro gehen die Experten für das laufende Jahr von 1,28 US-Dollar aus.

Deutschland: vorübergehende Verlangsamung des Wachstums

Vor dem Hintergrund der weltweiten Konjunktur sind die deutschen Unternehmen mit ihren Produkten und Leistungen in einer aussichtsreichen Position, um die sich bietenden Wachstumschancen zu nutzen. In Deutschland selbst wird zu Jahresbeginn zunächst ein etwas schwächeres Wirtschaftswachstum erwartet – dies ist aber nur eine vorübergehende Erscheinung, die besonders durch die Anhebung der Mehrwertsteuer verursacht wird. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,9 Prozent steigen.

Der Export wird die Konjunktur in Deutschland weiter stützen und die gestiegenen Investitionen den Grundstein für einen weiteren Aufschwung legen. Hintergrund für die steigenden Investitionen sind die weiterhin guten Absatzbedingungen im Ausland, die vergleichsweise hohe Kapazitätsauslastung und die unverändert günstigen Finanzierungsbedingungen.

Ausblick Linde AG

Vor diesem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund gehen wir davon aus, dass Umsatz und operatives Ergebnis der Linde AG im laufenden Geschäftsjahr über den Vorjahreswerten liegen werden.

Gaseindustrie

In der Division Gases gehen wir aufgrund des erwarteten Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts und unserer starken Marktposition im Inland von einem erneuten Anstieg des Umsatzes aus. Das Ergebnis wird das Niveau des Berichtszeitraums erreichen.

Anlagenbau

Im weltweiten Anlagenbau stehen die Zeichen auch im laufenden Jahr auf Wachstum. Wir erwarten in den wichtigsten Produktbereichen einen Anstieg der Nachfrage um sechs bis acht Prozent. So profitiert beispielsweise der Markt für Luftzerlegungsanlagen von neuen Anwendungen wie Gas-To-Liquids (GTL) sowie von der guten Konjunktur in den traditionellen Kundensegmenten, wie beispielsweise in der internationalen Stahlindustrie. Aufgrund dieser guten Ausgangssituation und der im Geschäftsjahr 2007 geplanten Endabrechnung von Großprojekten erwarten wir bei Umsatz und Ergebnis eine deutliche Steigerung gegenüber dem Berichtszeitraum.

Dividende

Wir verfolgen eine ertragsorientierte Dividendenpolitik und werden die Ausschüttung an der zukünftigen Ergebnisentwicklung ausrichten.

Jahresabschluss

Bilanz der Linde AG

in Mio. €	Anhang	31.12.2006	31.12.2005
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände		56	83
Sachanlagen		302	360
Finanzanlagen		18.376	6.916
Anlagevermögen	[1]	18.734	7.359
Vorräte	[2]	1.414	1.468
Abzüglich erhaltener Anzahlungen auf Bestellungen		-1.414	-1.468
		-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	[3]	499	441
Wertpapiere	[4]	-	56
Flüssige Mittel	[5]	27	341
Umlaufvermögen		526	838
Rechnungsabgrenzungsposten	[6]	37	50
Bilanzsumme		19.297	8.247
Passiva			
Gezeichnetes Kapital		411	307
Bedingtes Kapital 104 Mio. € (Vj. 114 Mio. €)			
Kapitalrücklage		4.614	2.682
Gewinnrücklage		1.328	628
Bilanzgewinn		737	168
Eigenkapital	[7]	7.090	3.785
Sonderposten mit Rücklageanteil	[8]	14	14
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[9]	761	864
Andere Rückstellungen		735	558
Rückstellungen	[10]	1.496	1.422
Verbindlichkeiten	[11]	10.697	3.026
Bilanzsumme		19.297	8.247

Gewinn- und Verlustrechnung der Linde AG

in Mio. €	Anhang	2006	Angepasst 2005
Umsatzerlöse	[12]	2.711	3.089
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		2.060	2.358
Bruttoergebnis vom Umsatz		651	731
Vertriebskosten		239	241
Forschungs- und Entwicklungskosten		68	81
Allgemeine Verwaltungskosten		330	308
Sonstige betriebliche Erträge	[13]	203	139
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[14]	486	64
Ergebnis aus Beteiligungen	[15]	1.277	156
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		45	28
davon aus verbundenen Unternehmen 23 Mio. € (Vj. 12 Mio. €)			
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		349	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		376	107
davon aus verbundenen Unternehmen 221 Mio. € (Vj. 79 Mio. €)			
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		329	240
Sondereinflüsse			
Gewinn aus der Veräußerung von Beteiligungen	[16]	1.444	413
Bewertungsanpassung Altersversorgung	[17]		286
Steuern vom Einkommen und Ertrag		336	81
Jahresüberschuss		1.437	286
Einstellungen in Gewinnrücklagen		700	118
Bilanzgewinn		737	168

Entwicklung des Anlagevermögens der Linde AG

in Mio. €	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Ausgliederung Linde Material Handling	31.12.2006
	01.01.2006	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	126	21	9	2	-39	101	
Geleistete Anzahlungen	2	3		-2	-	3	
Immaterielle Vermögensgegenstände	128	24	9	-	-39	104	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	512	11	5	5	-109	414	
Technische Anlagen und Maschinen	714	23	40	15	-199	513	
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	411	36	23	6	-126	304	
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	41	49		-26	-11	53	
Sachanlagen	1.678	119	68	-	-445	1.284	
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.808	14.020	769	-	-2.128	17.931	
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-	982	696	-	-	286	
Anteile an Beteiligungen	105	1	90	-	-10	6	
Wertpapiere des Anlagevermögens	233	2	-	-	-9	226	
Sonstige Ausleihungen	1	-	-	-	-	1	
Finanzanlagen	7.147	15.005	1.555	-	-2.147	18.450	
Anlagevermögen	8.953	15.148	1.632	-	-2.631	19.838	

Entwicklung des Anlagevermögens der Linde AG

in Mio. €	Abschreibungen					Buchwerte		
	Kumulierte Abschrei- bungen 01.01.2006	Abschrei- bungen des laufenden Jahres	Abgänge	Zu- schrei- bungen	Ausglie- derung Linde Material Handling	Kumulierte Abschrei- bungen 31.12.2006	31.12.2006	31.12.2005
Konzessionen, gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	45	23	7	-	-13	48	53	81
Geleistete Anzahlungen	-	-	-	-	-	-	3	2
Immaterielle Vermögensgegenstände	45	23	7	-	-13	48	56	83
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	385	11	3	-	-88	305	109	127
Technische Anlagen und Maschinen	603	26	33	-	-163	433	80	111
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	330	35	22	-	-99	244	60	81
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	-	-	-	-	-	53	41
Sachanlagen	1.318	72	58	-	-350	982	302	360
Anteile an verbundenen Unternehmen	227	33	24	-	-163	73	17.858	6.581
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-	327	327	-	-	-	286	-
Anteile an Beteiligungen	1	-	-	-	-1	-	6	104
Wertpapiere des Anlagevermögens	3	-	-	-	-2	1	225	230
Sonstige Ausleihungen	-	-	-	-	-	-	1	1
Finanzanlagen	231	360	351	-	-166	74	18.376	6.916
Anlagevermögen	1.594	455	416	-	-529	1.104	18.734	7.359

Anhang zum Jahresabschluss der Linde AG

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Linde AG wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes aufgestellt.

Soweit in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zur Verbesserung der Übersichtlichkeit Positionen zusammengefasst sind, werden sie im Anhang einzeln aufgeführt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist zur besseren internationalen Vergleichbarkeit nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellt.

Die Aufstellung des vollständigen Anteilbesitzes wird über den elektronischen Bundesanzeiger beim Handelsregister des Amtsgerichts Wiesbaden hinterlegt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, angesetzt.

Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungskosten oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Die Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre, bei technischen Anlagen und Maschinen grundsätzlich 6 bis 15 Jahre sowie bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 4 bis 10 Jahre.

Vorwiegend wird degressiv abgeschrieben mit Übergang zur linearen Abschreibung, sobald diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führt. Grundsätzlich werden geringwertige Wirtschaftsgüter im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Soweit steuerliche Vorschriften weitere Abschreibungen zulassen, werden diese in Ansatz gebracht.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Unverzinsliche und niedrigverzinsliche Ausleihungen werden mit dem Barwert bzw. dem niedrigeren steuerlich zulässigen Wert bilanziert.

Die Vorräte werden zu durchschnittlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. zu niedrigeren Tageswerten angesetzt. In die Herstellungskosten werden neben den Einzelkosten auch Fertigungs- und Materialgemeinkosten einbezogen.

Die Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit usw. ergeben, werden durch Abwertungen berücksichtigt. Bei der Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wird den erkennbaren Risiken durch angemessene Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die Fremdwährungsforderungen sind, falls erforderlich, mit dem niedrigeren Tageskurs am Bilanzstichtag bewertet; währungskursgesicherte Forderungen sind mit dem jeweiligen Terminkurs angesetzt.

Verbindlichkeiten in ausländischer Währung sind mit dem Geldkurs des Einbuchungstags bzw. dem höheren Tageskurs am Bilanzstichtag bewertet.

Im Vorjahr hat die Linde AG die Bewertungsmethode für Pensionsrückstellungen in Anlehnung an IAS 19 angepasst. Es werden in Abweichung zu den bisherigen Bewertungsmethoden ein marktkonformer Zinssatz von 4,25 Prozent, ein Gehaltstrend von 2,5 Prozent und ein Rententrend von 1,5 Prozent bei der Bewertung der Rückstellung zugrunde gelegt.

Die übrigen Rückstellungen sind so bemessen, dass die erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen berücksichtigt sind. Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken werden auch derivative Finanzinstrumente in Form von Termin- und Optionsgeschäften sowie Swaps eingesetzt. Sämtliche derivativen Instrumente werden im Rahmen festgelegter Limits auf Basis detaillierter Richtlinien abgeschlossen und dienen neben Absicherungszwecken der Optimierung der Finanzierung. Soweit die Bildung von Bewertungseinheiten möglich ist, werden diese bilanziert. Für die übrigen derivativen Finanzinstrumente werden bei negativen Marktwerten Rückstellungen gebildet.

Erläuterungen zur Bilanz

[1] Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist auf den vorangegangenen Seiten dargestellt.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens enthalten langfristige Fondsanteile, die infolge der treuhänderischen Übertragung an den Linde Pensionsfonds e. V. zweckgebunden sind.

[2] Vorräte

in Mio. €	2006	2005
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25	72
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.113	1.253
Fertige Erzeugnisse und Waren	10	56
Geleistete Anzahlungen	266	87
	1.414	1.468

[3] Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	2006	2005
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	127	152
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	(-)	(6)
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	131	221
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	-	-
davon aus Lieferungen und Leistungen	(30)	(121)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5	16
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	-	-
davon aus Lieferungen und Leistungen	(1)	(12)
Sonstige Vermögensgegenstände	236	52
davon Restlaufzeit über 1 Jahr	(10)	(1)
	499	441

[4] Wertpapiere

Der Ausweis des Vorjahres beinhaltet Commercial Papers.

[5] Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel umfassen Schecks, Kassenbestände sowie Guthaben bei Kreditinstituten.

[6] Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält insbesondere das Disagio aus der Wandelanleihe.

[7] Eigenkapital

Nachfolgende Erläuterungen erhalten auch Angaben, die nach § 289 Abs. 4 HGB Bestandteil des Lageberichts sind. Auf eine zusätzliche Darstellung dieser Angaben im Lagebericht wird verzichtet.

Gezeichnetes Kapital, genehmigtes und bedingtes Kapital; Bezugsrechte

Das Grundkapital der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag voll eingezahlt und beträgt 411.484.275,20 €. Es ist eingeteilt in 160.736.045 Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Im Rahmen der Finanzierung des Angebots an die Aktionäre von „The BOC Group plc“ wurden im Berichtsjahr das Genehmigte Kapital I teilweise und das Genehmigte Kapital II in voller Höhe ausgenutzt:

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2005 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 7. Juni 2010 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen um bis zu 80.000.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um Inhabern von Wandelschuldverschreibungen bzw. Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Wandlungs- oder Optionsrechte bzw. nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde. Ferner kann der Vorstand das Bezugsrecht mit Zustimmung des Aufsichtsrats für einen Betrag von 3.500.000 € auch insoweit ausschließen, als es erforderlich ist, um Belegschaftsaktien unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgeben zu können. Darüber hinaus kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre für einen Betrag von bis zu 10 Prozent des bei der Beschlussfassung über die Ausnutzung des Genehmigten Kapitals I vorhandenen Grundkapitals ausschließen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien nicht wesentlich unterschreitet.

Ebenfalls mit Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2005 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 7. Juni 2010 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen um bis zu 40.000.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Der Vorstand war ermächtigt, bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie dies erforderlich ist, um Inhabern von Wandelschuldverschreibungen bzw. Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Wandlungs- oder Optionsrechte bzw. nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde. Darüber hinaus war der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, von Beteiligungen an Unternehmen oder von Unternehmenszusammenschlüssen auszuschließen.

Aufgrund der Ermächtigungen aus den Genehmigten Kapitalen I und II hat der Vorstand am 23. Juni 2006 mit Zustimmung des Aufsichtsrats, ebenfalls vom 23. Juni 2006, beschlossen, vom Genehmigten Kapital I in Höhe eines Teilbetrages von 54.893.465,60 € und vom Genehmigten Kapital II in voller Höhe von 40.000.000 € Gebrauch zu machen und das Grundkapital von 306.851.957,76 € um 94.893.465,60 € auf 401.745.423,36 € gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 37.067.760 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien, auf die jeweils ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von 2,56 € entfällt, zu erhöhen. Dabei hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 8. Juni 2005 über das Genehmigte Kapital I und das Genehmigte Kapital II das Bezugsrecht der Aktionäre im Umfang von 2.782.176 Aktien ausgeschlossen, um den Inhabern der 550 Mio. € 1,25 Prozent Wandelschuldverschreibungen der Linde Finance B. V. von 2004/2009 unter Garantie der Linde AG („Wandelschuldverschreibungen“) ein Bezugsrecht auf Neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es

ihnen nach Ausübung des Wandlungsrechts zustehen würde. Die Neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2006 gewinnanteilsberechtig. Sie wurden von den Konsortialbanken mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären der Linde AG und den Inhabern der Wandelschuldverschreibungen zum Bezug anzubieten. Die neuen Aktien wurden den Aktionären im Verhältnis 7 : 2 zum Bezugspreis von 49,50 € je neuer Aktie zum Bezug angeboten. Auf jeweils eine Wandelschuldverschreibung im Nominalwert von 100.000 € entfielen 1.770,4755 Bezugsrechte, die zum Bezug von 550,8501 neuen Aktien zum Bezugspreis berechtigten.

Die Bezugsrechte konnten in der Zeit vom 27. Juni 2006 bis einschließlich 10. Juli 2006 ausgeübt werden. In der Zeit vom 27. Juni 2006 bis einschließlich 6. Juli 2006 wurden die Bezugsrechte im amtlichen Markt (Parketthandel) an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt.

Die Erhöhung des Grundkapitals von 306.851.957,76 € um 94.893.465,60 € auf 401.745.423,36 € und das Erlöschenden des Genehmigten Kapitals II wurde am 5. Juli 2006 im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen. Das eingetragene Grundkapital in Höhe von 401.745.423,36 € ist eingeteilt in 156.931.806 Stückaktien. Außerhalb des Handelsregisters ergab sich zum 31. Dezember 2006 durch Ausgabe von St. 3.216.935 neuen Stückaktien aufgrund Ausübungen der 2004 von der Linde Finance B. V. emittierten Wandelschuldverschreibung unter der hierfür am 17. Mai 2000 von der Hauptversammlung beschlossenen bedingten Kapitalerhöhung um bis zu 50.000.000 € sowie durch Ausgabe von 587.304 neuen Stückaktien aus dem Bedingten Kapital 2002 zur Bedienung des Management Incentive Programme für Führungskräfte (Bedingtes Kapital 2002) gegen Zahlung des jeweiligen Ausübungspreises eine weitere Erhöhung des Grundkapitals von 401.745.423,36 € um insgesamt 9.738.851,84 € auf 411.484.275,20 €, eingeteilt in 160.736.045 Stückaktien.

Das Genehmigte Kapital beträgt am Bilanzstichtag 25.106.534,40 €. Nach teilweiser Inanspruchnahme im Rahmen der Kapitalerhöhung im Juli 2006 in Höhe eines Teilbetrages von 54.893.465,60 € ist der Vorstand gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Juni 2005 noch ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 7. Juni 2010 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen um bis zu 25.106.534,40 € zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um Inhabern von Wandelschuldverschreibungen bzw. Optionsscheinen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Wandlungs- oder Optionsrechte bzw. nach Erfüllung der Wandlungspflicht zustehen würde. Ferner kann der Vorstand das Bezugsrecht mit Zustimmung des Aufsichtsrats für einen Betrag von 3.500.000 € auch insoweit ausschließen, als es erforderlich ist, um Belegschaftsaktien unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgeben zu können. Darüber hinaus kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre für einen Betrag von bis zu 10 Prozent des bei der Beschlussfassung über die Ausnutzung des Genehmigten Kapitals I vorhandenen Grundkapitals ausschließen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien nicht wesentlich unterschreitet. Die Höchstgrenze von 10 Prozent des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf eigene Aktien der Gesellschaft entfällt, die nach Schaffung des Genehmigten Kapitals I unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre veräußert wurden, sowie um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf Rechte zum Bezug von Aktien entfällt, die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß §§ 221 Abs. 4, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG begründet wurden.

Die Reduzierung des Genehmigten Kapitals I von 80.000.000 € um 54.893.465,60 € auf 25.106.534,40 € wurde am 5. Juli 2006 im Handelsregister eingetragen.

Das bedingte Kapital, bestehend aus dem Bedingten Kapital 2002, dem Bedingten Kapital 2005 und einem weiteren bedingten Kapital, beträgt am Bilanzstichtag insgesamt 104.247.267,84 €.

Die Hauptversammlung vom 8. Juni 2005 hat den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 7. Juni 2010 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 1.000.000.000 € mit einer Laufzeit von längstens zehn Jahren und mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf bis zu 19.531.250 neue Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu 50.000.000 € zu begeben. Zur Bedienung von Wandlungs- und Optionsrechten aus dieser Ermächtigung hat die Hauptversammlung eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 50.000.000 € beschlossen (Bedingtes Kapital 2005). Die bedingte Kapital-

erhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 8. Juni 2005 bis zum 7. Juni 2010 ausgegeben werden, von ihrem Wandlungs- oder Optionsrecht Gebrauch machen oder Inhaber bzw. Gläubiger solcher Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Die Hauptversammlung vom 17. Mai 2000 hatte eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu 50.000.000 € beschlossen, die nur insoweit durchgeführt wird, als Inhaber bzw. Gläubiger von bis zum 16. Mai 2005 ausgegebenen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen von ihrem Wandlungs- oder Optionsrecht Gebrauch machen oder Inhaber bzw. Gläubiger solcher Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Im Mai 2004 wurden über die hundertprozentige Tochtergesellschaft Linde Finance B. V. Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 550.000.000 € unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben. Jeder Inhaber einer der insgesamt 5.500 Wandelschuldverschreibungen im Nennbetrag von je 100.000 € ist vorbehaltlich der Voraussetzungen in den Anleihebedingungen berechtigt, im Ausübungszeitraum das Recht zur Wandlung in 1.770,4755 Stückaktien auszuüben. Die Wandelschuldverschreibungen gewähren vorbehaltlich Anpassungen des Wandlungsverhältnisses Wandlungsrechte auf Aktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von bis zu 24,93 Mio. € durch Ausgabe von bis zu 9.737.615 Aktien.

Im Berichtszeitraum wurden aufgrund Ausübung der Wandlungsrechte aus St. 1.817 Wandelschuldverschreibungen im Nominalwert von insgesamt 181.700.000 € 3.216.935 neue Stückaktien begeben. Damit hat sich das Bedingte Kapital aus der Hauptversammlung vom 17. Mai 2000 von 50.000.000 € um 8.235.353,60 € auf 41.764.646,40 € reduziert. Das Grundkapital hat sich im Berichtszeitraum entsprechend erhöht. Für St. 3.683 Wandelschuldverschreibungen im Nominalwert von jeweils 100.000 € mit dem Recht zur Wandlung in jeweils 1.770,4775 Stückaktien war das Wandlungsrecht zum Stichtag noch nicht ausgeübt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2002 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 14. Mai 2007 bis zu 6.000.000 Bezugsrechte auf Aktien an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft, Mitglieder von Geschäftsführungen verbundener Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG und an ausgewählte Führungskräfte mit einer Laufzeit von jeweils sieben Jahren zu begeben (Management Incentive Programme). Zur Bedienung dieser Bezugsrechte wurde das Grundkapital durch Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2002 um 15.360.000 €, eingeteilt in 6.000.000 neue Stückaktien, bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2002). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als Inhaber von Optionsrechten, die von der Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung vom 14. Mai 2002 ausgegeben wurden, von ihren Optionsrechten Gebrauch machen und die Gesellschaft die Optionsrechte nicht durch Übertragung eigener Aktien oder im Wege der Barzahlung erfüllt.

Nachdem im Jahr 2005 erstmals Bezugsrechte aus dem Management Incentive Programme ausgeübt wurden und sich das Bedingte Kapital 2002 dadurch auf 13.986.119,68 €, eingeteilt in 5.463.328 Aktien, reduziert hatte, fanden im Berichtszeitraum weitere Ausübungen statt: Gegen Zahlung der jeweiligen Ausübungspreise nach Maßgabe der Optionsbedingungen wurden im Berichtszeitraum insgesamt St. 587.304 Aktien aus dem Bedingten Kapital 2002 zur Verfügung gestellt. Damit reduzierte sich das Bedingte Kapital 2002 von 13.986.119,68 € um 1.503.498,24 € auf 12.482.621,44 €, eingeteilt in 4.876.024 Stückaktien. Das Grundkapital hat sich im Berichtszeitraum entsprechend erhöht.

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Mai 2006 unter Aufhebung der bis zum 30. November 2006 befristeten Ermächtigung zudem ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2007 eigene Aktien bis zu 10 Prozent des Grundkapitals zu erwerben.

Stimmrechtsmitteilungen

Das deutsche Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet Investoren, deren Stimmrechtsanteil an börsennotierten Gesellschaften bestimmte Schwellenwerte erreicht, zu einer Mitteilung an die Gesellschaft. Uns ist das Bestehen folgender Beteiligungen mitgeteilt worden:

Die Commerzbank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, hat mit Schreiben vom 7. Februar 2006 ihre Meldung vom 21. Oktober 2005 korrigiert. In der Meldung vom 21. Oktober 2005 hat sie als Muttergesellschaft der Atlas-Ver-

mögensverwaltungs-GmbH, Louisenstr. 63, 61348 Bad Homburg v. d. H., mitgeteilt, dass aufgrund einer konzerninternen Aktienübertragung von der Commerzbank Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16, 60311 Frankfurt am Main, auf die Atlas-Vermögensverwaltungs-GmbH am 14. Oktober 2005 letztere die Schwellen von 5 Prozent und 10 Prozent überschritten hat und ihr Stimmrechtsanteil an der Linde AG 10,04 Prozent beträgt. Nach den der Commerzbank zum Zeitpunkt ihres Schreibens vom 7. Februar 2006 vorliegenden Informationen wurden bei der Linde AG Aktienoptionsprogramme ausgeübt, die zu einer sukzessiven Erhöhung der ausstehenden Aktien geführt haben. Demnach wurde am 14. Oktober 2005 für die Atlas-Vermögensverwaltungs-GmbH nur die Schwelle von 5 Prozent überschritten, ihr Stimmrechtsanteil betrug zu diesem Zeitpunkt 9,9958 Prozent. Die Anzahl der in die Atlas-Vermögensverwaltungs-GmbH übertragenen Aktien betrug unverändert 11.978.440 Stücke. Diese Stimmrechte sind der Commerzbank Aktiengesellschaft nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Mit den 0,0810 Prozent, die die Commerzbank Aktiengesellschaft nach § 21 Abs. 1 WpHG hielt, betrug der Stimmrechtsanteil der Commerzbank Aktiengesellschaft an der Linde AG per 14. Oktober 2005 insgesamt 10,08 Prozent.

Mit Schreiben vom 12. Juli 2006 hat die Commerzbank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Linde Aktiengesellschaft, Abraham-Lincoln-Str. 21, 65189 Wiesbaden, am 5. Juli 2006 die Schwelle von 10 Prozent unterschritten und 7,70 Prozent betragen hat. Davon waren der Commerzbank Aktiengesellschaft, Kaiserstraße 16, 60311 Frankfurt am Main, 7,63 Prozent der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Nach Ausübung der Bezugsrechte nach der im Zeitpunkt des Schreibens gerade abgeschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen beträgt der Stimmrechtsanteil im Zeitpunkt des Schreibens 9,78 Prozent.

Die Allianz Aktiengesellschaft, München, hat mit Schreiben vom 27. Juni 2006 gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 24 WpHG aufgrund konzerninterner Umstrukturierung mitgeteilt:

Der Stimmrechtsanteil der AZ-LIN Vermögensverwaltungsgesellschaft GmbH & Co. KG, vormals AZ-LIN Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 23. Juni 2006 die Schwelle von 10 Prozent unterschritten und beträgt nun 5,47 Prozent. Der Stimmrechtsanteil der Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 26. Juni 2006 die Schwelle von 5 Prozent überschritten und beträgt nun 5,62 Prozent. Davon sind der Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft 5,47 Prozent der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der AZL-Alico Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 23. Juni 2006 die Schwelle von 5 Prozent überschritten und beträgt nun 5,47 Prozent. Der Stimmrechtsanteil der Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Reinsburgstraße 19, 70178 Stuttgart, an der Linde AG hat am 23. Juni 2006 die Schwelle von 5 Prozent überschritten und beträgt nun 5,61 Prozent. Davon sind der Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft 5,47 Prozent der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der Jota-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 23. Juni 2006 die Schwelle von 5 Prozent überschritten und beträgt nun 5,61 Prozent. Diese Stimmrechte sind der Jota-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der AZ Beteiligungs-Management GmbH, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 23. Juni 2006 die Schwelle von 5 Prozent überschritten und beträgt nun 5,47 Prozent. Diese Stimmrechte sind der AZ Beteiligungs-Management GmbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der Allianz Aktiengesellschaft, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat sich nicht in meldepflichtiger Weise verändert.

Die Allianz Aktiengesellschaft, München, hat ferner mit Schreiben vom 17. Juli 2006 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Linde AG am 11. Juli 2006 die Schwelle von 10 Prozent unterschritten hat und nun 9,10 Prozent beträgt. Diese Stimmrechte sind der Allianz Aktiengesellschaft nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Zugleich teilte die Allianz Aktiengesellschaft gemäß § 21 Abs. 1 WpHG in Verbindung mit § 24 WpHG mit: Der Stimmrechtsanteil der Allianz Deutschland AG, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 11. Juli 2006 die Schwelle von 10 Prozent unterschritten und beträgt nun 9,03 Prozent. Diese Stimmrechte sind der Allianz Deutschland AG nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der AZ-LIN Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Königinstr. 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 11. Juli

2006 die Schwelle von 5 Prozent unterschritten und beträgt nun 4,39 Prozent. Der Stimmrechtsanteil der AZ Beteiligungs-Management GmbH, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 11. Juli 2006 die Schwelle von 5 Prozent unterschritten und beträgt nun 4,39 Prozent. Diese Stimmrechte sind der AZ Beteiligungs-Management GmbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 11. Juli 2006 die Schwelle von 5 Prozent unterschritten und beträgt nun 4,51 Prozent. Davon sind der Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft 4,39 Prozent der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der AZL-Alico Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 11. Juli 2006 die Schwelle von 5 Prozent unterschritten und beträgt nun 4,39 Prozent.

Der Stimmrechtsanteil der Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Reinsburgstraße 19, 70178 Stuttgart, an der Linde AG hat am 11. Juli 2006 die Schwelle von 5 Prozent unterschritten und beträgt nun 4,52 Prozent. Davon sind der Allianz Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft 4,39 Prozent nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Stimmrechtsanteil der Jota-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Königinstraße 28, 80802 München, an der Linde AG hat am 11. Juli 2006 die Schwelle von 5 Prozent unterschritten und beträgt nun 4,52 Prozent. Diese Stimmrechte sind der Jota-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hat uns mit Schreiben vom 1. Februar 2006 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass die Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, am 14. Juni 2005 die Schwelle von 10 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 9,99 Prozent hält, wobei die Anzahl der Stimmrechte unverändert 11.933.405 Stücke beträgt. Diese Stimmrechte sind der Deutsche Bank AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Gleichzeitig teilte die Deutsche Bank AG gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mit, dass ihre Tochtergesellschaft DB Value GmbH, Scharnhorststr. 20, 06686 Sössen/Gostau, am 14. Juni 2005 die Schwelle von 10 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 9,99 Prozent hält, wobei die Anzahl der Stimmrechte unverändert 11.933.405 Stücke beträgt. Diese Stimmrechte sind der Tochtergesellschaft DB Value GmbH der Deutsche Bank AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Weiterhin teilte die Deutsche Bank gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mit, dass die DB Equity S. à. r. l., 6, avenue Pasteur, L-2310 Luxemburg, am 14. Juni 2005 die Schwelle von 10 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 9,99 Prozent hält, wobei die Anzahl der Stimmrechte unverändert 11.933.405 Stücke beträgt. Die vorgenannten Unterschreitungen des Schwellenwertes von 10 Prozent sind auf eine bedingte Kapitalerhöhung der Linde AG zurückzuführen. Diese resultiert aus den im Jahr 2005 ausgeübten Aktienoptionen.

Mit Schreiben vom 9. Februar 2006 hat die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, zu ihren Mitteilungen nach §§ 21 ff. WpHG vom 3. November 2005 und 1. Februar 2006 auf folgende Korrekturen hingewiesen: Die Deutsche Bank AG hat mit vorgenanntem Schreiben vom 9. Februar 2006 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass die Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, am 14. Juni 2005 die Schwelle von 10 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat und zu diesem Zeitpunkt einen Stimmrechtsanteil von 9,99 Prozent hielt. Die Stimmrechte sind der Deutsche Bank AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen, ihre Anzahl beträgt unverändert 11.933.405 Stückaktien. Gleichzeitig teilte die Deutsche Bank AG gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mit, dass ihre Tochtergesellschaft DB Value GmbH, Scharnhorststr. 20, 06686 Sössen/Gostau, am 14. Juni 2005 die Schwelle von 10 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat und zu diesem Zeitpunkt einen Stimmrechtsanteil von 9,99 Prozent hielt. Die Anzahl der Stimmrechte beträgt unverändert 11.933.405 Stückaktien. Die vorgenannten Unterschreitungen des Schwellenwertes von 10 Prozent sind auf die teilweise Durchführung einer bedingten Kapitalerhöhung der Linde AG zurückzuführen. Diese resultierte aus im Jahr 2005 ausgeübten Aktienoptionen aus dem Linde Management Incentive Programme. Weiterhin teilte die Deutsche Bank gemäß §§ 21 Abs. 1, 22 Abs. 2, 24 WpHG mit, dass ihre Tochtergesellschaft DB Value GmbH, Scharnhorststr. 20, 06686 Sössen/Gostau mit Wirkung zum 27. Oktober 2005 über die Beteiligung an der Linde AG nicht mehr direkt, sondern nur noch aufgrund einer Zurechnung gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG verfügt, wobei der Anteil der Stimmrechte nunmehr 9,96 Prozent beträgt. Die Veränderung des Stimmrechtsanteils ist auf weitere Ausübungen von Aktienoptionen im Rahmen der

vorgenannten bedingten Kapitalerhöhung der Linde AG zurückzuführen. Gleichzeitig teilte die Deutsche Bank noch gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mit, dass die DB Equity S.à.r.l., 6, avenue Pasteur, L-2310 Luxemburg, am 27. Oktober 2005 die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG überschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 9,96 Prozent hält.

Mit weiterem Schreiben vom 6. April 2006 hat die Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass die DB Equity S.à.r.l., 6, avenue Pasteur, L-2310 Luxemburg, am 3. April 2006 die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 0,11 Prozent hält. Ferner hat die Deutsche Bank AG mit diesem Schreiben gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass ihre Tochtergesellschaft DB Value GmbH, Scharnhorststr. 20, 06686 Sössen/Gostau, am 3. April 2006 die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 0,11 Prozent hält. Diese Stimmrechte sind der Tochtergesellschaft DB Value GmbH der Deutsche Bank AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Darüber hinaus schließlich hat die Deutsche Bank AG gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass die Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, mit Wirkung zum 3. April 2006 aufgrund eines konzerninternen Wertpapierdarlehens über die Beteiligung von 9,84 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG nunmehr direkt verfügt. Weiterhin sind der Deutsche Bank AG 0,11 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Der Gesamtstimmrechtsanteil des Deutsche Bank AG-Konzerns hat sich hierdurch nicht in meldepflichtiger Weise verändert.

Mit erneutem Schreiben vom 30. Mai 2006 hat die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass ihre Enkelgesellschaft DB Equity S.à.r.l., 6, avenue Pasteur, L-2310 Luxemburg, am 24. Mai 2006 die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG überschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 9,95 Prozent hält. Ferner hat die Deutsche Bank AG mit diesem Schreiben gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass ihre Tochtergesellschaft DB Value GmbH, Scharnhorststr. 20, 06686 Sössen/Gostau, am 24. Mai 2006 die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG überschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 9,95 Prozent hält. Diese Stimmrechte sind der Tochtergesellschaft DB Value GmbH der Deutsche Bank AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Darüber hinaus schließlich hat die Deutsche Bank AG in ihrem Schreiben vom 30. Mai 2006 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass die Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, mit Wirkung zum 24. Mai 2006 aufgrund der Rückführung eines konzerninternen Wertpapierdarlehens nicht mehr direkt über eine Beteiligung von 9,84 Prozent der Stimmrechte der Linde AG, sondern nunmehr aufgrund einer Zurechnung gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG über eine (indirekte) Beteiligung von 9,95 Prozent verfügt. Der Gesamtstimmrechtsanteil des Deutsche Bank AG-Konzerns hat sich hierdurch nicht in meldepflichtiger Weise verändert.

Ferner hat die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, noch mit Schreiben vom 29. November 2006 gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass ihre ehemalige Tochtergesellschaft DB Value GmbH, Scharnhorststr. 20, 06686 Sössen/Gostau, mit Wirkung zum 29. August 2006 (Datum der Verschmelzung auf die Deutsche Bank AG) die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG unterschritten hat. Die Höhe des Stimmrechtsanteils der DB Value GmbH beträgt nunmehr 0 Prozent. Der Gesamtstimmrechtsanteil des Deutsche Bank AG-Konzerns hat sich hierdurch nicht in meldepflichtiger Weise verändert.

Schließlich hat die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, noch mit Schreiben vom 19. Dezember 2006 gemäß §§ 21 Abs. 1, 24 WpHG mitgeteilt, dass ihre Tochtergesellschaft DB Valoren S.à.r.l., 6, avenue Pasteur, L-2310 Luxemburg, am 14. Dezember 2006 die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte der Linde AG überschritten hat und nunmehr einen Stimmrechtsanteil von 7,87 Prozent hält. Diese Stimmrechte sind der Tochtergesellschaft DB Valoren S.à.r.l. der Deutsche Bank AG gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die vorgenannte Überschreitung der Meldeschwelle ist auf eine konzerninterne Umstrukturierung zurückzuführen. Die Stimmrechtsanteile der Deutsche Bank AG und ihrer Enkelgesellschaft DB Equity S.à.r.l. haben sich hierdurch nicht in meldepflichtiger Weise geändert.

The Capital Group Companies, Inc., 333 South Hope Street, Los Angeles, CA-90071, USA, hat mit Schreiben ihres anwaltlichen Vertreters vom 13. Juli 2006 mitgeteilt, dass sie am 7. Juli 2006 die Schwelle von 5 Prozent der Stimm-

rechte an der Linde AG überschritten hat. Ihr Stimmrechtsanteil beträgt 5,177 Prozent (entspricht 8.123.624 Stammaktien). Alle diese Stimmrechte werden ihr nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i. V. m. § 22 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 WpHG zugerechnet.

Die Capital Research and Management Company, 333 South Hope Street, Los Angeles, CA-90071, USA hat mit Schreiben ihres anwaltlichen Vertreters vom 13. Juli 2006 mitgeteilt, dass sie am 7. Juli 2006 die Schwelle von 5 Prozent der Stimmrechte an der Linde AG überschritten hat. Ihr Stimmrechtsanteil beträgt 5,177 Prozent (entspricht 8.123.624 Stammaktien). Alle diese Stimmrechte werden ihr nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet.

Ausweislich der wiedergegebenen, im Berichtszeitraum bei der Gesellschaft eingegangenen Mitteilungen nach §§ 21 ff. WpHG bestehen zum Bilanzstichtag keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital der Linde AG, die 10 von Hundert der Stimmrechte überschreiten.

Weitere Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB

Aktien mit Sonderrechten bestehen ebenso wenig wie eine Stimmrechtskontrolle von ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar wahrnehmenden, am Kapital beteiligten Arbeitnehmern.

[8] Sonderposten mit Rücklageanteil

Es handelt sich um Sonderposten nach § 6 b EStG.

Die im Jahr 2006 allein nach steuerlichen Vorschriften vorgenommenen Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen 0,6 Mio. € (Vj. 3,1 Mio. €). Die Auswirkungen der steuerlichen Sonderabschreibungen des Berichtsjahres und der Vorjahre auf das Jahresergebnis der Linde AG sind von geringer Bedeutung.

[9] Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Berichtsjahr wurden bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen abweichend von den Vorschriften des § 6 a EStG ein marktkonformer Zins von 4,25 Prozent, ein Gehaltstrend von 2,5 Prozent und ein Rententrend von 1,5 Prozent zugrunde gelegt.

[10] Andere Rückstellungen

in Mio. €	2006	2005
Steuerrückstellungen	136	78
Sonstige Rückstellungen	599	480
	735	558

In den sonstigen Rückstellungen sind u. a. Beträge enthalten für

- ausstehende Rechnungen und fehlenden Aufwand für abgerechnete Lieferungen und Leistungen,
- Personalaufwand,
- Garantieverpflichtungen und Risiken aus schwebenden Geschäften,
- sonstige Verpflichtungen und Risiken aus dem laufenden Geschäft.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen der Linde AG sind auf Basis einzelvertraglicher Vereinbarungen gebildet.

[11] Verbindlichkeiten

	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamt	Gesamt
in Mio. €	2006	2006	2006	2006	2005
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-	652	-	652	385
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.844	-	-	1.844	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	120	-	-	120	135
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.028	-	-	8.028	2.439
davon aus Lieferungen und Leistungen	(26)	-	-	(26)	(37)
Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	-	-	1	1
davon aus Lieferungen und Leistungen	(-)	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	51	1	-	52	66
davon aus Steuern	(24)	-	-	(24)	(21)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(2)	-	-	(2)	(14)
davon durch Grundpfandrechte gesichert	-	-	-	-	(35)
Verbindlichkeiten	10.044	653	-	10.697	3.026

In den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind 7.635 Mio. € (Vj. 2.081 Mio. €) gegenüber der hundertprozentigen Tochtergesellschaft Linde Finance B. V. ausgewiesen. Sie enthalten die in 2003 begebene nachrangige Anleihe über 400 Mio. €, die in 2004 ausgegebene Wandelanleihe über 550 Mio. € sowie die in 2006 in zwei Tranchen begebene nachrangige Anleihe über 700 Mio. € und 250 Mio. GBP. Darüber hinaus sind hier Verbindlichkeiten aus der Teilfinanzierung des BOC-Erwerbs ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

[12] Umsatzerlöse

Die Aufteilung der Umsatzerlöse nach Unternehmensbereichen und geografischen Regionen ist den nachstehenden Tabellen zu entnehmen:

Umsatzerlöse – Aufgliederung nach Geschäftsbereichen

in Mio. €	2006	2005
Division Gases	929	847
Division Engineering	1.151	1.202
Linde Material Handling	653	1.062
Konsolidierungen	-22	-22
	2.711	3.089

Umsatzerlöse – Aufgliederung nach geografischen Regionen

in Mio. €	2006	2005
Deutschland	1.166	1.326
Übriges Europa	840	1.185
Amerika	229	127
Asien	361	262
Afrika	88	170
Australien	27	19
	2.711	3.089

[13] Sonstige betriebliche Erträge

in Mio. €	2006	Angepasst 2005
Gewinne aus dem Abgang von Gegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens	5	16
Devisenkursgewinne	2	4
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	20	18
Erlöse aus Wirtschaftsbetrieben, Vermietung und Verpachtung	21	12
Belastungen an Konzerngesellschaften	69	56
Einbuchung und Eingang abgeschriebener Forderungen	-	1
Zuschreibungen zu Wertpapieren des Anlagevermögens	-	4
Bewertungsergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten	36	8
Finanzergebnis aus langfristiger Auftragsfertigung	21	14
Übrige Erträge	29	6
	203	139

Das Bewertungsergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten war im Vorjahr in den Zinserträgen ausgewiesen.

Das Finanzergebnis aus langfristiger Auftragsfertigung wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die nicht aus langfristiger Auftragsfertigung resultierenden Zinsen werden im Finanzergebnis ausgewiesen.

[14] Sonstige betriebliche Aufwendungen

in Mio. €	2006	2005
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens	86	-
Aufwendungen aus Kursdifferenzen	2	9
Belastungen von Konzerngesellschaften	41	42
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	-	2
Bewertungsergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten	71	11
Aufwendungen für Eigenkapitalbeschaffung	19	-
Aufwendungen im Rahmen der Neuausrichtung	267	-
	486	64

Das Bewertungsergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten war im Vorjahr in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen im Rahmen der Neuausrichtung des Linde Konzerns entfallen auf Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Kauf der BOC Group und dem Verkauf der KION Group. Außerdem sind Aufwendungen für Vertragsrisiken sowie Schließungs- bzw. Umzugskosten für die Unternehmenszentrale Bestandteil dieses Postens.

[15] Ergebnis aus Beteiligungen

in Mio. €	2006	2005
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	22	16
Erträge aus Beteiligungen	1.255	180
davon aus verbundenen Unternehmen	(1.243)	(177)
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-	40
davon aus verbundenen Unternehmen	-	(35)
	1.277	156

In den Erträgen aus Beteiligungen ist eine Vorabausschüttung der KION Group GmbH in Höhe von 856 Mio. € enthalten.

[16] Gewinn aus der Veräußerung von Beteiligungen

Im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung der Linde Group auf die Divisionen Gases und Engineering wurde zum 28. Dezember 2006 die KION Group veräußert. Im Vorfeld wurde der ehemalige Unternehmensbereich Material Handling durch Teilbetriebsübertragung, Einbringungen und Verkäufe rechtlich verselbständigt. Sämtliche in- und ausländischen Beteiligungen sowie der rechtlich unselbständige und der Linde AG zugehörige Teilbetrieb Linde Material Handling, Aschaffenburg, wurden unter der KION Group GmbH gebündelt. Im Rahmen dieses Ausgliederungsprozesses entstand bei den Übertragungen bzw. Verkäufen diverser Beteiligungen ein Buchgewinn in Höhe von 1,444 Mrd. €.

Die neu geformte KION Group hatte zum 30. September 2006 einen Unternehmenswert von 3,952 Mrd. €. Dieser diente als Grundlage für den Kaufvertrag mit dem Konsortium, bestehend aus den Finanzinvestoren Kohlberg Kravis Roberts & Co. (KKR) und Goldman Sachs Capital Partners. Vor dem rechtlichen Übergang erfolgt noch eine Vorabausschüttung der KION Group GmbH an die Linde AG. Nach Berücksichtigung dieser Dividende und dem Ausgleich von Intercompany-Forderungen und -verbindlichkeiten sowie dem Abzug von sonstigen Schuldspositionen ergab sich ein Nettomittelzufluss von 2,550 Mrd. €.

Die Sondereinflüsse des Vorjahres enthalten u. a. den Gewinn aus dem Abgang von drei Gesellschaften der Division Gases in Höhe von 413 Mio. €.

[17] Bewertungsanpassung Altersversorgung

Im Vorjahr betrifft der Aufwand aus Neubewertung die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vorgenommene Einstellung von in Anlehnung an internationale Grundsätze ermittelten Wertansätzen für Pensionsverpflichtungen und Altersteilzeitverpflichtungen.

Ergänzende Angaben zum Anhang

[18] Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse

in Mio. €	2006	2005
Wechselobligo	–	18
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	96	92
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	8.134	2.600

In den Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen sind im Wesentlichen die von der Linde Finance B.V. emittierten Beträge aus dem Debt Issuance Programme (Gesamtvolumen 5 Mrd. €) enthalten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beläuft sich am 31. Dezember 2006 bei der Linde AG auf 144 Mio. € (Vj. 100 Mio. €). Hierbei handelt es sich um Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen, Investitionsbestellungen, Einzahlungsverpflichtungen usw.

Die Linde AG übernimmt in ihrer Eigenschaft als Mutterunternehmen des Linde Konzerns Gewährleistungsverpflichtungen für ihre Tochtergesellschaften. Hierbei handelt es sich zum einen um Gewährleistungen für die Leistungserfüllung, insbesondere in der Division Engineering. Gegenüber einzelnen verbundenen Unternehmen im Ausland sind zum anderen Garantien zur Fortführung der Geschäftstätigkeit gegeben worden.

[19] Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

in Mio. €	2006	2005
Abschlussprüfung	1	1
Sonstige Bestätigungsleistungen	1	–
Steuerberatung	–	–
Sonstige Leistungen	1	1
	3	2

[20] Materialaufwand

in Mio. €	2006	2005
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren	1.319	1.515
Aufwendungen für bezogene Leistungen	113	164
	1.432	1.679

[21] Personalaufwand

in Mio. €	2006	2005
Löhne und Gehälter ¹	522	537
Soziale Abgaben	88	92
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	75	47
Bewertungsanpassung Altersversorgung	-	284
	685	960

¹ In 2005 einschließlich 2 Mio. € Bewertungsanpassung der Altersteilzeitverpflichtungen.

[22] Mitarbeiter

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter (Teilzeitkräfte anteilig berücksichtigt) verteilt sich auf die einzelnen Funktionen wie folgt:

	2006	2005
Produktion	4.874	5.802
Vertrieb	806	907
Forschung und Entwicklung	457	618
Verwaltung	1.197	1.255
	7.334	8.582
Auszubildende	329	426
	7.663	9.008

[23] Aktienoptionsprogramm

Die Hauptversammlung der Linde AG vom 14. Mai 2002 hat die Einführung eines Aktienoptionsprogramms für Führungskräfte (Linde Management Incentive Programme 2002) beschlossen, in dessen Rahmen bis zu sechs Millionen Bezugsrechte ausgegeben werden können.

Ziel dieses Aktienoptionsprogramms ist es, weltweit rund 539 Führungskräfte an der Kurssteigerung der Linde Aktie und damit an der Wertsteigerung des Unternehmens zu beteiligen. Den Teilnehmern wurden Optionsrechte zum Bezug von Linde Aktien mit einer Laufzeit von jeweils sieben Jahren gewährt: Es ist vorgesehen, das Programm jährlich revolvingend aufzulegen, wobei sich Linde vorbehalten hat, den Teilnehmerkreis für jede Tranche neu festzulegen. Über die Zuteilung der Bezugsrechte an Mitglieder des Vorstands der Linde AG entscheidet der Aufsichtsrat. Im Übrigen bestimmt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Anzahl der auszugebenden Optionsrechte.

Die Optionsrechte gewähren das Recht zum Bezug von Aktien der Linde AG zum Ausübungspreis. Der Ausübungspreis zum Erwerb einer neuen Stückaktie der Linde AG beträgt 120 Prozent des Basispreises. Der Basispreis entspricht dem durchschnittlichen Schlusskurs der Linde Aktie im XETRA-Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse während der letzten fünf Tage vor dem Ausgabetag der Optionsrechte. Mit der Festlegung des Ausübungspreises wird zugleich dem gesetzlich geforderten Erfolgsziel, das an die Steigerung des Aktienkurses der Gesellschaft anknüpft, Rechnung getragen. Die Ausübung ist erst dann wirtschaftlich sinnvoll, wenn der Aktienkurs über dem

Ausübungspreis liegt. Durch das Erfolgsziel in Form einer 20-prozentigen Kurssteigerung wird zudem die Motivation der Teilnehmer eng mit dem Aktionärsinteresse einer mittelfristigen Steigerung des Unternehmenswertes verknüpft.

Die Optionsbedingungen sehen für die Aktienoptionen eine Sperrfrist von zwei Jahren vor, die am Ausgabetag beginnt. Nach deren Ende können die Optionsrechte während ihrer gesamten Laufzeit, also während der fünf Jahre nach Ablauf der Sperrfrist mit Ausnahme von so genannten Blocked Periods, ausgeübt werden. Diese sind der Zeitraum von drei Wochen vor bis zwei Tage nach den öffentlichen Berichtsterminen der Gesellschaft, die letzten zwei Wochen vor Ablauf eines Geschäftsjahres bis zwei Tage nach Bekanntgabe der Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres sowie 14 Wochen vor bis zum dritten Bankarbeitstag nach der ordentlichen Hauptversammlung. Zur Erfüllung des Optionsanspruchs der Optionsberechtigten kann die Linde AG nach ihrer Wahl eigene Aktien, die sie am Markt zurück erworben hat, liefern oder solche aus dem hierfür geschaffenen bedingten Kapital neu ausgeben oder anstelle der Lieferung neuer Aktien eine Barzahlung pro Optionsrecht in Höhe der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem XETRA-Schlusskurs der Linde Aktie am Tag der Ausübung leisten. Diese Regelungen führen zu einer Flexibilität bei Ausübung der Bezugsrechte. So kann etwa die Nutzung vorhandener eigener Aktien statt einer Kapitalerhöhung oder einer Barleistung wirtschaftlich sinnvoll sein. Durch die Verwendung eigener Aktien kann außerdem einer Verwässerung der Kapitalverhältnisse entgegengewirkt werden. Die Entscheidung darüber, wie die Optionen im Einzelfall erfüllt werden, treffen die zuständigen Organe der Gesellschaft, die sich dabei allein vom Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft leiten lassen werden. Bei der Ausgabe von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands ist ab der Jahrestranche 2004 vorgesehen, dass der Aufsichtsrat für außerordentliche, nicht vorhergesehene Entwicklungen des Kurses der Linde Aktie eine Begrenzung der Optionsausübung beschließen kann. Dies war in den Geschäftsjahren 2005 und 2006 nicht der Fall.

Die Teilnahme am Linde Management Incentive Programme erfordert kein Eigeninvestment der erwerbsberechtigten Führungskräfte. Es handelt sich um eine zusätzliche Komponente des jeweiligen Vergütungspaketes.

Die bisher ausgegebenen Optionsrechte im Rahmen des Linde Management Incentive Programme entwickeln sich wie folgt.

Optionswerte

	Ursprünglich ausgegebene Optionen		Gesamt	Anfangs- bestand	2006 ausgeübt	2006 verfallen	31.12.2006
	Vorstand	Weitere Füh- rungskräfte					
1. Tranche (2002)	240.000	760.000	1.000.000	954.600	297.550	1.000	656.050
2. Tranche (2003)	240.000	777.600	1.017.600	462.128	66.104	9.300	386.724
3. Tranche (2004)	240.000	764.500	1.004.500	991.700	223.650	4.000	764.050
4. Tranche (2005)	230.000	875.700	1.105.700	1.105.700	-	6.000	1.099.700
5. Tranche (2006)	250.000	1.086.500	1.336.500	1.336.500	-	3.000	1.333.500
Gesamt	1.200.000	4.264.300	5.464.300	4.850.628	587.304	23.300	4.240.024

Durch die Ausübung von 587.304 Optionsrechten hat sich im Berichtszeitraum (Vj. 536.672) das Gezeichnete Kapital um 1 Mio. € (Vj. 2 Mio. €) und die Kapitalrücklage um 30 Mio. € (Vj. 17 Mio.€) erhöht.

[24] Derivative Finanzinstrumente

Die Linde AG ist im Rahmen ihrer operativen Geschäftstätigkeit Zins- und Währungsrisiken ausgesetzt. Diese Risiken werden durch den Einsatz von Derivaten begrenzt. Der Einsatz von Derivaten unterliegt einheitlichen Richtlinien, deren Einhaltung laufend kontrolliert wird.

Bei den in der Linde AG eingesetzten Produkten handelt es sich im Wesentlichen um Zinsswaps, kombinierte Zins-Währungs-Swaps und Devisentermingeschäfte. Vereinzelt kommen auch Optionen zum Einsatz.

Derivative Finanzinstrumente werden bei der Linde AG allgemein nach den Regeln des HGB grundsätzlich zum Handelstag bilanziert. Negative Marktwerte werden gemäß dem strengen Niederstwertprinzip in den Rückstellungen erfasst, positive Marktwerte bleiben unberücksichtigt bis zur Realisation.

Im Falle der Absicherung eines bilanziellen Vermögenswertes oder einer Schuld wird eine Bewertungseinheit zwischen Derivat und Grundgeschäft gebildet.

Der Buchwert der Rückstellungen beträgt 16,9 Mio. € (Vj. 3,2 Mio. €). Darauf entfallen auf Devisentermingeschäfte 12,0 Mio. € (Vj. 3,1 Mio. €) und auf Swapgeschäfte 4,9 Mio. € (Vj. 0,1 Mio. €).

Des Weiteren sind Prämien für derivative Finanzinstrumente in Höhe von 20,8 Mio. € (Vj. 0,1 Mio. €) unter den „sonstigen Vermögensgegenständen“ aktiviert und Prämien in Höhe von 5,4 Mio. € unter den „sonstigen Verbindlichkeiten“ passiviert, die über die Laufzeit des Instruments abgeschrieben werden.

Die Kontrahenten sind Vertragspartner erstklassiger Bonität. Die Bonität der Kontrahenten wird laufend überwacht und unterliegt klar definierten Limiten. Insgesamt entsteht der Linde AG ein nur zu vernachlässigendes Adressenausfallrisiko.

Währungsänderungsrisiken

Zur Absicherung der Risiken, die aus Schwankungen der in Fremdwährung lautenden Forderungen, Verbindlichkeiten und Schulden sowie aus schwebenden Verträgen und antizipierten Transaktionen resultieren, werden im Wesentlichen Devisentermingeschäfte eingesetzt.

Bei Fremdwährungsrisiken, die in Zusammenhang mit dem Projektgeschäft der Division Engineering entstehen, verfolgt die Linde AG teilweise einen Portfolioansatz. Dabei werden die einzelnen Risiken zentral gebündelt und wird der verbleibende Teil mit Devisentermingeschäften oder FX-Optionen abgesichert.

Des Weiteren kommen Devisentermingeschäfte zum Einsatz, um die im Rahmen der internen Finanzierung entstehenden Fremdwährungsrisiken zu sichern. Die Linde AG bilanziert gemäß den Regeln des HGB auch eingebettete Derivate. Dieser Sachverhalt tritt innerhalb der Linde AG nur auf, wenn bestehende Kauf- oder Verkaufsverträge in einer Währung abgeschlossen werden, die nicht der funktionalen Währung eines der Vertragspartner entsprechen.

Zinsänderungsrisiken

Die Refinanzierung der Linde AG erfolgt im Wesentlichen durch die Ausgabe von Anleihen und Medium-Term Notes in verschiedenen Währungen durch die Linde Finance B.V. Die dabei entstehenden zukünftigen Zins- und Währungsrisiken werden durch entsprechende Zins- und kombinierte Zins-Währungs-Swaps gesichert.

Neben der Absicherung der Kapitalmarktverbindlichkeiten auf Einzelebene erfolgt eine ausgewogene Steuerung des Zinsrisikos auf AG-Ebene. Dafür werden Zinsswaps und Zinsoptionen eingesetzt, die ursprünglich variabel verzinsliche Verbindlichkeiten synthetisch in festverzinsliche wandeln.

Wertangaben zu Finanzinstrumenten

Der Marktwert der Finanzinstrumente wird anhand von Börsennotierungen, Referenzkursen (z. B. EZB-Referenzkurse) oder anerkannten Berechnungsmodellen ermittelt. Den Berechnungen liegen die folgenden Zinskurven zugrunde:

Zinskurven

	EUR	USD	GBP	JPY	PLN	CZK	SKK
Zins für sechs Monate	3,85 %	5,34 %	5,37 %	0,61 %	4,20 %	2,54 %	4,50 %
Zins für ein Jahr	4,02 %	5,29 %	5,53 %	0,74 %	4,40 %	2,73 %	4,40 %
Zins für fünf Jahre	4,06 %	5,07 %	5,41 %	1,38 %	5,00 %	3,37 %	4,18 %
Zins für zehn Jahre	4,13 %	5,16 %	5,14 %	1,82 %	5,08 %	3,70 %	4,18 %

Die angegebenen Nominalvolumina stellen die unsaldierten Summen der Kauf- und Verkaufsbeträge der jeweiligen Derivate dar. Am Bilanzstichtag ergeben sich die folgenden Marktwerte und Nominalvolumina:

Marktwerte derivativer Finanzinstrumente – Aktiva

in Mio. €	Langfristig				Kurzfristig		Gesamt	
	Restlaufzeit über 1 bis 5 Jahre		Restlaufzeit über 5 Jahre		Restlaufzeit bis 1 Jahr		2006	2005
	2006	2005	2006	2005	2006	2005		
Devisentermingeschäfte	2	-	-	-	24	4	26	4
Fremdwährungsoptionen	-	-	-	-	11	-	11	-
Swappeschäfte	16	5	8	1	9	-	33	6
Zinsoptionen	-	1	8	-	-	-	8	1
Commodities	-	-	-	-	-	-	-	-
	18	6	16	1	44	4	78	11

Marktwerte derivativer Finanzinstrumente – Passiva

in Mio. €	Langfristig				Kurzfristig		Gesamt	
	Restlaufzeit über 1 bis 5 Jahre		Restlaufzeit über 5 Jahre		Restlaufzeit bis 1 Jahr		2006	2005
	2006	2005	2006	2005	2006	2005		
Devisentermingeschäfte	-	11	-	-	18	22	18	33
Fremdwährungsoptionen	-	-	-	-	9	-	9	-
Swappeschäfte	5	8	14	2	-	-	19	10
Zinsoptionen	-	1	-	-	-	-	-	1
Commodities	-	-	-	-	-	-	-	-
	5	20	14	2	27	22	46	44

Nominalvolumina – Aktiva

in Mio. €	Langfristig				Kurzfristig		Gesamt	
	Restlaufzeit über 1 bis 5 Jahre		Restlaufzeit über 5 Jahre		Restlaufzeit bis 1 Jahr		2006	2005
	2006	2005	2006	2005	2006	2005		
Devisentermingeschäfte	302	1	-	-	2.072	245	2.374	246
Fremdwährungsoptionen	-	-	-	-	510	-	510	-
Swapgeschäfte	259	168	598	120	168	25	1.025	313
Zinsoptionen	25	25	850	-	-	-	875	25
Commodities	-	-	-	-	-	-	-	-
	586	194	1.448	120	2.750	270	4.784	584

Nominalvolumina – Passiva

in Mio. €	Langfristig				Kurzfristig		Gesamt	
	Restlaufzeit über 1 bis 5 Jahre		Restlaufzeit über 5 Jahre		Restlaufzeit bis 1 Jahr		2006	2005
	2006	2005	2006	2005	2006	2005		
Devisentermingeschäfte	101	329	-	-	2.286	593	2.387	922
Fremdwährungsoptionen	-	-	-	-	489	-	489	-
Swapgeschäfte	161	314	714	95	100	125	975	534
Zinsoptionen	25	25	-	-	-	-	25	25
Commodities	2	-	-	-	2	-	4	-
	289	668	714	95	2.877	718	3.880	1.481

[25] Zusätzliche Informationen hinsichtlich Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Für das Geschäftsjahr 2006 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für die Wahrnehmung der Aufgaben im Mutterunternehmen und in den Tochterunternehmen einschließlich Umsatzsteuer 2.289.750 € (Vj. 2.124.192 €). Davon entfallen 918.964 € (Vj. 892.504 €) auf feste und 1.307.565 € (Vj. 1.200.600 €) auf variable Vergütungen.

In den vergangenen beiden Geschäftsjahren bestanden keine Vorschüsse und Kredite gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrats. Ferner haben die Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, wie Beratungs- oder Vermittlungsleistungen, erhalten.

Vorstand**Vergütung des Vorstands**

in €	2006	2005
Festvergütungen	4.011.749	2.655.627
Variable Vergütungen	7.826.005	7.030.000
Gesamtbarvergütung	11.837.754	9.685.627

Im Rahmen des Aktienoptionsprogramms (Linde Management Incentive Programme) wurden im Geschäftsjahr 2006 an die Mitglieder des Vorstands insgesamt 250.000 Bezugsrechte (Vj. 230.000) mit einem beizulegenden Zeitwert zum Ausgabezeitpunkt von 11,24 € (Vj. 6,92 €) pro Bezugsrecht, insgesamt also von 2.810.000 € (Vj. 1.591.600 €), als Teil der Gesamtbezüge gewährt.

Im Berichtsjahr bestanden keine Vorschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands.

Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 5.380.252 € (Vj. 2.385.616 €).

Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen besteht eine Rückstellung in Höhe von 39.062.290 € (Vj. 34.504.903 €).

Der so genannte „Vergütungsbericht“ stellt die Grundzüge und die Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung dar. Er ist als Teil des Lageberichts der Linde AG eingestellt.

[26] Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Am 9. März 2007 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Linde AG die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex verabschiedet und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung ist im Internet unter [www.linde.de/InvestorRelations/Corporate Governance](http://www.linde.de/InvestorRelations/Corporate%20Governance) veröffentlicht.

Nähere Erläuterungen zur Corporate Governance bei Linde sind dem gleichnamigen Kapitel zu entnehmen.

[27] Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns der Linde AG

Der Vorstand schlägt dem Aufsichtsrat vor, im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses anlässlich der Aufsichtsratssitzung am 09. März 2007 der Hauptversammlung am 05. Juni 2007 folgende Gewinnverwendung zur Beschlussfassung vorzuschlagen: Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,50 € (Vj. 1,40 €) je dividendenberechtigte Stückaktie.

Die Ausschüttungssumme beträgt somit bei 160.736.045 (Vj. 119.864.046) dividendenberechtigten Stückaktien 241.104.067,50 €. Der verbleibende Betrag von 495.499.928,18 € (davon 248.689,87 € Gewinnvortrag aus Vorjahr) soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Wiesbaden, 02. März 2007

Linde Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Linde Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Linde Aktiengesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 2. März 2007

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Rolf Nonnenmacher
Wirtschaftsprüfer

Michael Gewehr
Wirtschaftsprüfer

Weitere Angaben

Mitgliedschaften in anderen Kontrollgremien

(Stand: 31. Dezember 2006)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Linde Aktiengesellschaft haben Mitgliedschaften in folgenden gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien.

Dr. rer. pol. Manfred Schneider

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Linde AG

- Externe Mandate:
 - Bayer AG (Vorsitzender)
 - DaimlerChrysler AG
 - Metro AG
 - RWE AG
 - TUI AG

Hans-Dieter Katte

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Linde AG,
Vorsitzender des Betriebsrats des Betriebs
Pullach der Division Engineering der Linde AG

Michael Diekmann

weiterer stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Linde AG,
Vorsitzender des Vorstands der Allianz SE

- Externe Mandate:
 - BASF AG
 - Deutsche Lufthansa AG
- Konzernmandate:
 - Allianz Deutschland AG (Vorsitzender)
 - Allianz Global Investors AG (Vorsitzender)
 - Dresdner Bank AG (Vorsitzender)
- Konzernmandate:
 - Assurances Générales de France
(Vizepräsident des Verwaltungsrats)
 - Riunione Adriatica di Sicurtà S. p. A.
(Vizepräsident des Verwaltungsrats)

Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann

ehemaliger Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens AG

- Externe Mandate:
 - E.ON AG
 - Bayer Schering Pharma AG

Dr. jur. Gerhard Beiten

Rechtsanwalt,
Mitglied des Vorstands des Landesverbands
Bayern der Deutschen Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V. (DSW)

Dr. rer. pol. Clemens Börsig

(seit 30. Juni 2006)
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG

- Externe Mandate:
 - Deutsche Bank AG (Vorsitzender)
 - Deutsche Lufthansa AG
 - Heidelberger Druckmaschinen AG
- Externe Mandate:
 - Foreign & Colonial Eurotrust plc, London
(Non-executive Member of the Board of Directors)

Dipl.-Ing. Siegfried Friebe

Vorsitzende des Betriebsrats der Linde-KCA-Dresden GmbH

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Gerhard Full

ehemaliger Vorsitzender des Vorstands
der Linde AG

- Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien.

Aufsichtsrat

Gernot Hahl

Vorsitzender des Betriebsrats des Betriebs Worms der Division Gases der Linde AG

Dipl.-Soziologe Thilo Kämmerer

Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG Metall Frankfurt

Klaus-Peter Müller

Sprecher des Vorstands der Commerzbank AG

- Externe Mandate:
 - Steigenberger Hotels AG
- Konzernmandate:
 - Eurohypo Aktiengesellschaft (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Externe Mandate:
 - Assicurazioni Generali S. p. A. (Mitglied des Verwaltungsrats)
 - KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau (Mitglied des Verwaltungsrats)
 - Liquiditäts-Konsortialbank GmbH (Mitglied des Verwaltungsrats)
 - Parker Hannifin Corporation (Mitglied des Board of Directors)
- Konzernmandate:
 - Commerzbank International S. A., Luxemburg (Präsident des Verwaltungsrats)

Prof. Dr. jur. Jürgen Strube

Vorsitzender des Aufsichtsrats der BASF Aktiengesellschaft

- Externe Mandate:
 - Allianz Deutschland AG
 - BASF Aktiengesellschaft (Vorsitzender)
 - Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft
 - Bertelsmann AG (stellv. Vorsitzender)
 - Commerzbank AG
 - Fuchs Petrolub AG (Vorsitzender)
 - Hapag-Lloyd AG

Wilfried Woller

Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands, Vorstandsbereich 5, der IG Bergbau, Chemie, Energie

- Externe Mandate:
 - Deutsche Steinkohle AG (stellv. Vorsitzender)
- Externe Mandate:
 - RAG Trading GmbH (Beirat)

- Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien.

Im Geschäftsjahr 2006 ausgeschiedene Mitglieder des Aufsichtsrats:

(Die Angaben beziehen sich auf das Datum des Ausscheidens)

Dr. oec. Josef Ackermann

(bis 30. Juni 2006)

Vorsitzender des Vorstands und Chairman des Group Executive Committee der Deutsche Bank AG

→ Externe Mandate:

Bayer AG

Deutsche Lufthansa AG

Siemens AG

Joachim Hartig

(bis 28. Dezember 2006)

Vorsitzender des Betriebsrats der Werke I und II der Linde Material Handling GmbH & Co. KG

Kay Pietsch

(bis 28. Dezember 2006)

Vorsitzender des Betriebsrats des Betriebs Hamburg der STILL GmbH

Dipl.-Ing. Frank Zukauski

(bis 28. Dezember 2006)

Leiter „Center of Components Zylinder“ der STILL GmbH

Im Januar 2007 bestellte Mitglieder des Aufsichtsrats:

(Die Angaben beziehen sich auf das Datum der Bestellung)

Jens Riedel

(seit 22. Januar 2007)

Vorsitzender des Betriebsrats des Betriebs Leuna der Division Gases der Linde AG

Josef Schregle

(seit 22. Januar 2007)

Leiter Finanzen und Controlling der Division Engineering der Linde AG

Josef Schuhbeck

(seit 22. Januar 2007)

Vorsitzender des Betriebsrats des Betriebs Schalchen der Division Engineering der Linde AG

→ Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands der Linde Aktiengesellschaft haben neben einzelnen Kontrollfunktionen in Konzern- und Beteiligungsgesellschaften Mitgliedschaften in folgenden gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien:

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle

Vorsitzender des Vorstands

- Externe Mandate:
 - Allianz Lebensversicherungs-AG
 - Deutsche Telekom AG
- Konzernmandate:
 - The BOC Group plc, Großbritannien
(Board of Directors, Vorsitzender)

Dr.-Ing. Aldo Belloni

Mitglied des Vorstands

Trevor Burt

Mitglied des Vorstands
(seit 12. September 2006)

Georg Denoke

Mitglied des Vorstands
(seit 12. September 2006)

- Konzernmandate:
 - The BOC Group plc, Großbritannien
(Member of the Board of Directors)

Dr. rer. pol. Peter Diesch

Mitglied des Vorstands
(ausgeschieden am 31. Dezember 2006)

- Externe Mandate:
 - Delton AG

Dipl.-Kfm. Hubertus Krossa

Mitglied des Vorstands
(ausgeschieden am 31. Januar 2007)

- Externe Mandate:
 - Bauknecht Hausgeräte GmbH
 - Linde Material Handling Verwaltungs-GmbH
 - STILL GmbH

J. Kent Masters

Mitglied des Vorstands
(seit 12. September 2006)

- Konzernmandate:
 - African Oxygen Limited, Südafrika (Board of Directors, Vorsitzender)
 - The BOC Group plc, Großbritannien
(Member of the Board of Directors)

- Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten.
- Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien.

Finanzkalender

Finanzkalender

Bilanzpressekonferenz

12. März 2007

Pinakothek der Moderne, München

Analystenkonferenz

12. März 2007

Pinakothek der Moderne, München

Zwischenbericht

Januar bis März 2007

4. Mai 2007

Hauptversammlung 2007

5. Juni 2007, 10.00 Uhr

Internationales Congress Center München

Auszahlung der Dividende

6. Juni 2007

Zwischenbericht

Januar bis Juni 2007

27. Juli 2007

Herbstpressekonferenz

30. Oktober 2007

München

Zwischenbericht

Januar bis September 2007

30. Oktober 2007

Hauptversammlung 2008

3. Juni 2008, 10.00 Uhr

Internationales Congress Center München

Zukunftsbezogene Aussagen

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsbezogene Aussagen, die auf aktuellen Einschätzungen des Managements über künftige Entwicklungen beruhen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien dafür zu verstehen, dass sich diese Erwartungen auch als richtig erweisen. Die zukünftige Entwicklung sowie die vom Linde Konzern und seinen verbundenen Unternehmen tatsächlich erreichten Ergebnisse sind abhängig von einer Reihe von Risiken und Unsicherheiten und können daher wesentlich von den zukunftsbezogenen Aussagen abweichen. Eine Aktualisierung der zukunftsbezogenen Aussagen ist weder geplant noch übernimmt Linde hierzu eine gesonderte Verpflichtung.

Impressum

Impressum

Herausgeber

Linde AG
Abraham-Lincoln-Straße 21
65189 Wiesbaden

Gestaltung

Peter Schmidt Group, Hamburg

Texte

Linde AG

Fotografie

Claudia Kempf, Seite 02
Peter Ginter, Seite 07

Produktion, Satz und Lithografie

Brand Implementation GmbH, Hamburg

Druck

Offsetdruck Raff, Riederich

Kontakt

Linde AG

Leopoldstraße 252
80807 München
Telefon 089.35757-01
Telefax 089.35757-1075
www.linde.com

Kommunikation

Telefon 089.35757-1321
Telefax 089.35757-1398
E-Mail info@linde.com

Investor Relations

Telefon 089.35757-1321
Telefax 089.35757-1398
E-Mail investorrelations@linde.com

Der Finanzbericht des Linde Konzerns, das Linde Annual und der Jahresabschluss liegen in deutscher und englischer Sprache vor und sind zudem im Internet unter www.linde.com als Download bereitgestellt. Unter derselben Adresse bieten wir Ihnen darüber hinaus eine interaktive Online-Version dieses Geschäftsberichts, der aus dem Finanzbericht des Linde Konzerns und dem Linde Annual besteht.

Zusätzliches Informationsmaterial über Linde schicken wir Ihnen auf Anfrage gerne kostenlos zu.

Herausgeber

Linde AG

Abraham-Lincoln-Straße 21
65189 Wiesbaden
Telefon 0611.770-0
Telefax 0611.770-269
www.linde.com

Kontakt

Linde AG

Leopoldstraße 252
80807 München
Telefon 089.35757-01
Telefax 089.35757-1075
www.linde.com